



SEESTADT BREMERHAVEN

Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift

**über die
10. öffentliche Sitzung
in der 21. Wahlperiode
- Sondersitzung -**

am 20.11.2024

Anwesenheitsliste:**Vorstand**

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
 Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU), Erste Beisitzerin – ab 16:50 Uhr anwesend
 Herr Stadtverordneter Dr. Hammann (SPD), Beisitzer
 Frau Stadtverordnete Schiller (Bündnis 90/ Die Grünen+P), Beisitzerin
 Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU), Beisitzerin
 Frau Stadtverordnete Ruser (SPD)

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
 Frau Stadtverordnete Batz
 Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
 Frau Stadtverordnete Czak
 Herr Stadtverordneter Hoffmann
 Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
 Herr Stadtverordneter Ofcarek
 Herr Stadtverordneter Viebrok
 Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
 Frau Stadtverordnete Hilck
 Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
 Frau Stadtverordnete Milch
 Herr Stadtverordneter Önal
 Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
 Frau Stadtverordnete Steinbach
 Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt
 Frau Stadtverordnete Coordes
 Herr Stadtverordneter Kaminiarz

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brinkmann
 Herr Stadtverordneter Stark
 Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB
 Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax
 Frau Stadtverordnete Baltrusch
 Herr Stadtverordneter Schäfer

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann
 Herr Stadtverordneter Litau
 Herr Stadtverordneter Miholic

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz – abwesend von 19:00 Uhr bis 19:14 Uhr
 Herr Stadtverordneter Koch – ab 17:00 Uhr anwesend

Einzelstadtverordnete Marnie Knorr

Frau Stadtverordnete Knorr

Einzelstadtverordneter Sven Lichtenfeld

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Einzelstadtverordneter Class Schott

Herr Stadtverordneter Schott

Einzelstadtverordneter Sascha Schuster

Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt

Frau Stadtverordnete Brand (DIE LINKE)

Herr Stadtverordneter Caloglu (SPD)

Herr Stadtverordneter Schumacher (WfB)

Herr Stadtverordneter Secci (DIE LINKE)

Frau Stadtverordnete Zeeb (Grüne + P)

Magistrat:

Oberbürgermeister Grantz – bis 18:24 Uhr anwesend

Bürgermeister Neuhoff

Stadtrat Busch – bis 18:24 Uhr anwesend

Stadträtin Eulig

Stadtrat Günthner

Stadtrat Hilz

Stadtrat Holz

Stadträtin Kathe-Heppner

Stadtrat Parpart

Stadtrat Schomaker

Stadtrat Skusa

Stadträtin Toense

Entschuldigt:

Stadtrat Heinrich

Verwaltung:

Magistratsdirektor Polansky

Schröder (stellv. Pressesprecher)

Thiele (Rechnungsprüfungsamt)

Tagesordnung:

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	Anträge	
1.1	Informationssuche im Sitzungsdienst auf Bremerhaven.de vereinfachen (Einzelstadtverordnete Marnie Knorr)	StVV - AT 32/2023
1.2	Aufwertung des Reinkenheider Forsts (GRÜNE)	StVV - AT 33/2023
1.3	Bremerhaven tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ bei (GRÜNE)	StVV - AT 34/2023
1.4	Piksen rettet Leben – Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran (BD)	StVV - AT 36/2023
1.5	Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD)	StVV - AT 37/2023
1.5.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 37/2023 - Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD) - Tischvorlage	StVV - Ä-AT 17/2024
1.6	Impuls für die Bremerhavener Innenstadt: Wochenmarkt Fair und Regional in der Innenstadt (Bündnis 90/ Die Grünen)	StVV - AT 2/2024
1.7	Theodor-Heuss-Platz zu Klimaplatz umbauen (Fraktion DIE LINKE)	StVV - AT 3/2024
1.8	Maßnahmen gegen den Klimawandel: Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven (Bündnis 90/Die Grünen)	StVV - AT 5/2024
1.9	Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	StVV - AT 6/2024
1.10	Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 11/2024
1.11	Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)	StVV - AT 12/2024
1.12	E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion)	StVV - AT 13/2024
1.13	Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 14/2024

- 1.13.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland zu AT 14/2024 - Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (Grüne+P) StVV - Ä-AT 18/2024
- 1.14 Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) StVV - AT 15/2024
- 1.14.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) - Tischvorlage StVV - Ä-AT 21/2024

Entwurf

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung - Sondersitzung - in der 21. Wahlperiode um 16:30 Uhr.

Er begrüßt die Zuhörenden am Radio und vor dem TV sowie die Presse und bittet, die Handys abzuschalten.

Er begrüßt Alexander Litau, als Nachrücker für Prof. Dr. Hiltz, als neues Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung.

Er weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin und stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist und die Sitzungsunterlagen entsprechend der Geschäftsordnung übersandt wurden sind.

Er bittet darum, dass aufgrund des Livestreams keine personenbezogenen Daten Dritter genannt werden und dass eine Abmeldung bei der Schriftführung erfolgen möge, falls jemand die Sitzung vorzeitig verlässt und nicht wiederkommt.

Vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem nachträglich eingepflegt bzw. an die Mitglieder verteilt, die nicht am elektronischen Sitzungsdienst teilnehmen wurde der Änderungsantrag Nummer StVV - Ä-AT 21/2024 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 15/2024.

Weitere Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN ruft die Tagesordnung auf.

TOP **Anträge**
1

TOP **Informationssuche im Sitzungsdienst auf**
1.1 **Bremerhaven.de vereinfachen (Einzelstadtverordnete**
Marnie Knorr)

StVV - AT 32/2023

Stadtverordnete KNORR:

Ich wurde schon zweimal gefragt, ob ich den Antrag nicht zurückziehen möchte, wollte jetzt aber doch gerne noch mal erklären, wieso ich den gerne noch mal hier abgestimmt haben möchte. Nachdem ich den Antrag einreichte, wurde mir gesagt, dass der Magistrat die Idee gut findet und das Thema jetzt auch bearbeitet. Und ich wurde auch immer auf dem Laufenden gehalten, was da so passiert. Und das ist jetzt schon seit einem Jahr so. Und das Problem wurde immer noch nicht behoben. Mein letzter Stand war, dass es immer noch mehrere Minuten dauert, wenn man etwas sucht. Das heißt, wenn man recherchieren möchte über bestimmte Themen, dass man nicht unbedingt wissen muss, in welchem Jahr, in welchem Monat, an welchem Tag, in welcher Sitzung dieses Thema behandelt wurde, sondern einfach wie auf Bremen.de, also auf dem Informationsdienst in Bremen, einfach suchen kann nach Suchbefehlen und Suchbegriffen, um sich dann vielleicht auch mit Menschen, die an dem Thema schon mal an dem Thema gearbeitet haben, zu verbinden. Oder vielleicht auch an dem Thema weiterzuarbeiten oder da draufzusetzen. Daher finde ich das eigentlich ziemlich wichtig das Thema an sich selber. Und kann auch sehr wenig verstehen, warum es da so Verzögerungen gibt, weil es ist eigentlich ein älteres Gebiet der EDV. Man sieht aber, dass zum Beispiel in der Verwaltung auch für Bürgerdialoge und so weiter schon KI eingesetzt wird mit einer studentischen Firma. Und das wundert mich, dass das halt da noch so rückständig ist und da noch nicht behoben wurde. Und mir wurde auch gesagt, dass es vor zwölf Jahren schon mal ein Thema war und ein Antrag gestellt wurde, den kann ich aber nicht finden, weil dieses Netz von uns, es ist halt so schwer, zu durchsuchen. Und ich habe ein bisschen Angst, dass das Thema einfach wieder in Vergessenheit gerät, wenn das heute nicht beschlossen wird. Deswegen würde ich Sie gerne bitten, quasi dem Antrag heute zuzustimmen, sodass es dann halt auch wirklich als Arbeitsaufgabe weitergegeben wird, die nicht einfach wieder zur Seite gepackt werden kann.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Frau Knorr, Sie haben die Sondersitzung beantragt hier mit Unterstützung anderer. Ich bin schon etwas erstaunt, weil Sie nämlich festgestellt haben, dass wir mit den Anträgen nicht weiter vorankommen. Solche Anträge tragen übrigens dazu bei. Sie wissen seit mehreren Monaten, dass dieses Problem in der Verwaltung angegangen wird. Übrigens, wenn Sie die Systeme aufgreifen wollen, kurze Wege sind hier wirklich immer noch vorhanden. Einer Partei, der Sie mal sehr nahegestanden haben, stellt übrigens für dieses Thema den Stadtrat. Sie wurden durch die Verwaltung immer auf dem Laufenden gehalten. Das letzte Mal liegt jetzt, wenn es dazwischen nicht noch mal wieder Informationen gegeben hat, ja schon etwas zurück, August dieses Jahres. Das Problem ist erkannt, das Problem ist angegriffen. Ihnen ist immer laufend mitgeteilt worden, dass das Problem versucht wird, zu beseitigen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum wir so einen Antrag hier heute auf der Tagesordnung haben. Er kostet wieder Zeit, wenn es vielleicht auch nur fünf bis zehn Minuten sind. Also von daher werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtverordneter TIMKE:

Ich bin verwundert über die Schärfe des Stadtverordnetenvorstehers. Natürlich steht es Ihnen zu, den Ton in der Debatte zu setzen. Aber gerade als Stadtverordnetenvorsteher, der regelmäßig Mäßigung anmahnt, sollten Sie selbst auch diese Schärfe vermeiden.

Außerdem bin ich überrascht, Frau Knorr, dass es offenbar schon seit Monaten Gespräche zu diesem Thema gibt. Ich bin davon ausgegangen, dass der Antrag eingereicht wurde, weil wir ein ungelöstes Problem haben. Nun hören wir, dass die Verwaltung bereits daran arbeitet. Da stellt sich natürlich die Frage, welchen Zweck der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung dann noch erfüllt.

Kommen wir zum Inhalt des Antrags: Es ist richtig, dass das Recherchesystem in Bremerhaven verbesserungswürdig ist – wie auch die gesamte Homepage. Andere Städte mit vergleichbarer Größe haben deutlich bessere Internetauftritte, die nutzerfreundlich gestaltet sind. In Bremerhaven hat man oft den Eindruck, da ist noch Luft nach oben. Allerdings, Frau Knorr, ist es nicht angemessen, Bremerhaven mit einem Landesparlament zu vergleichen. Dort stehen ganz andere finanzielle und technische Mittel zur Verfügung. Selbst das Recherchesystem des Landtags ist nicht besonders überzeugend. Ich habe mir das aufgrund Ihres Antrags genauer angesehen: Im Landtag Bremen werden nur drei Schlagwörter verwendet – für eine umfassende Recherche ist das kaum ausreichend. Dieses Beispiel ist daher wenig hilfreich.

Ein Blick auf Remscheid, eine vergleichbare Stadt in Nordrhein-Westfalen, zeigt, dass auch dort kein besseres System existiert. In mittelgroßen Städten fehlt häufig das Budget für solche Entwicklungen. Trotzdem sollten wir uns natürlich bemühen, uns zu verbessern, statt uns mit den Schlechtesten zu messen.

Daher schlage ich vor, den Antrag nicht abzulehnen, sondern in den Fachausschuss zu überweisen. Dort kann die Verwaltung erläutern, warum bestimmte Entwicklungen so lange dauern. Wenn wir den Antrag direkt ablehnen, wird das Problem womöglich nicht weiterverfolgt.

Zuletzt, Frau Knorr: Es ist nicht zielführend, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Sie fordern, dass die BIT Maßnahmen umsetzt, ohne zu prüfen, ob sie dazu überhaupt in der Lage ist. Wie lange würde das dauern? Wie hoch wären die Kosten? Diese Fragen müssen zunächst geklärt werden. Daher ist es sinnvoll, den Antrag im Fachausschuss zu behandeln. Dort kann die BIT darlegen, was machbar ist, ob zusätzliche Ressourcen nötig sind und welche Kosten entstehen würden.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ich bin erstaunt, wie dieser Antrag behandelt wird. Insgesamt würde ich den Antrag von Frau Knorr nicht ablehnen, sondern ihm zustimmen. Ich teile aber auch die Meinung von Herrn Timke, dass der im Fachausschuss besser aufgehoben ist. Zudem bin ich über die Worte des Stadtverordnetenvorstehers ein wenig verwundert, insbesondere über die Schärfe, die Herr Timke bereits angesprochen hat. Ich finde nicht, dass dem Stadtverordnetenvorsteher zusteht, so zu urteilen, wenn eine Einzelabgeordnete einen Antrag stellt. Das empfinde ich als diskriminierend. Natürlich kann man seine Meinung äußern, aber es gibt viele Anträge, die von der Koalition gestellt werden, die genauso in den Ausschüssen behandelt werden könnten. Dann hätten wir diese Sitzung gar nicht benötigt. Solches Verhalten finde ich immer schade.

Deshalb lehne ich den Antrag nicht ab. Frau Knorr, ich stimme dem zu. Aber auch ich werde der Überweisung in den Fachausschuss zustimmen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Der Stadtverordnetenvorsteher braucht nicht darüber nachzudenken, da er ebenfalls Mitglied der Stadtverordnetenversammlung ist. Wenn er einen Redebeitrag hat, sollte er diesen nicht von seiner Position als Stadtverordnetenvorsteher ausführen, um sich

klar von dieser Rolle abzuheben. Das habe ich getan. Daher bin ich in diesem Fall ein ganz normales Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Knorr, Sie hatten sich noch einmal gemeldet. Gemäß § 14 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung haben Einzelabgeordnete einmal das Rederecht, Gruppen zweimal und Fraktionen dreimal. Da Sie vorhin das Rederecht genutzt haben, steht Ihnen dies nun nicht erneut zu.

Stadtverordneter FREEMANN:

Frau Knorrs Antrag muss abgelehnt werden, da wir ihn momentan nicht umsetzen können. Dies wurde auch im Ausschuss besprochen. Neben der fehlenden Suchfunktion habe ich ein weiteres Problem aufgedeckt: Der Kalender gilt nur für die letzten 30 Tage, und ein Jahreskalender fehlt vollständig. Für eine langfristige Planung ist das nicht geeignet, da jeder Termin einzeln kopiert und eingefügt werden müsste.

In diesem Zusammenhang war die BIT tätig, die das Ratssystem entwickelt hat. Leider war diese Firma nicht zu erreichen, und die letzte Aussage war, dass sie sich momentan in den USA befinden und die Seite nicht mehr pflegen werden. Daher müssen wir uns auf ein neues System konzentrieren. Dieses wird etwas Zeit in Anspruch nehmen. Wir werden sicherlich einen (E-Kalender/I-Kalender) erhalten und auch eine bessere Suchfunktion. Allerdings wird dies nicht von heute auf morgen passieren und wird vermutlich auch gewisse Kosten verursachen, die im Haushalt berücksichtigt werden müssen. Die Verwaltung ist bereits daran, und wir sind uns der Situation bewusst. Daher brauchen wir den Antrag nicht, da wir bereits im Bilde sind.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:

Es freut mich zu hören, dass daran gearbeitet wird und eventuell ein neues System etabliert werden muss. Das bestehende Problem, das ich bereits letztes Jahr als neu gewählter Stadtverordneter angesprochen habe, besteht weiterhin. Viele interessierte Bürger:innen der Stadt haben Schwierigkeiten, sich im Ratsinformationssystem zu informieren – entweder ist es sehr zeitaufwendig oder in vielen Fällen gar nicht möglich.

Daher stimmen wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen+ dem Antrag zu.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Einige Punkte müssen wir klarstellen. Erstens, Herr Vorsteher, es ist legitim, dass sowohl eine Partei als auch ein Parteimitglied gleichzeitig an der Debatte teilnehmen und ihre Meinung äußern. Kritiken am Vorstand sind berechtigt und haben ihre Grundlage.

Zweitens, Herr Allers, versuchen Sie ständig, dazwischenzureden. Wir sind hier, um die Anträge angemessen zu behandeln und zu diskutieren. Unser Recht, zu sprechen, möchten wir nutzen – nicht nur zuhören, sondern auch reden.

Drittens, Frau Knorr hatte fünf Minuten Redezeit. Ich glaube nicht, dass die Begründung ihres Antrags fünf Minuten gedauert hat. Daher hätte sie noch Zeit nutzen können, Herr Vorsteher. Vielleicht sollten Sie das berücksichtigen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Herr Kocaaga, das habe ich berücksichtigt. Ich verweise nochmals auf § 14 unserer Geschäftsordnung, Abs. 2. Dort steht klar, dass Einzelabgeordnete einmal fünf Minuten Redezeit haben. Genauso steht aber auch, dass, wenn sie die fünf Minuten nicht ausnutzen, die Restzeit verfällt. Ich habe mich also nur an die Geschäftsordnung gehalten – mehr nicht. Diese haben wir im Haus beschlossen, und ich habe sie nicht erfunden.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Ich habe mich jetzt noch einmal gemeldet, nicht weil ich inhaltlich zu diesem Antrag sprechen möchte, sondern weil ich mich tatsächlich in die Reihe der Kritiker einreihen muss, die das Verhalten des Stadtverordnetenvorstehers hier zu Recht als irritierend bezeichnet haben.

Herr Stadtverordnetenvorsteher, natürlich sind Sie auch Stadtverordneter wie wir alle. Sie sind Erster unter Gleichen, unser Vorsteher. Gleichwohl hat es schon ein besonderes Gewicht, wenn Sie sich bei einem ersten Antrag gleich als Erster melden und eine Stellungnahme abgeben. Was Sie gesagt haben, hat mich tatsächlich sehr verwundert – insbesondere Ihr Selbstverständnis. Wir sind hier ein politisches Gremium, und die Aufgabe der 48 gewählten Stadtverordneten ist die Kontrolle des Magistrats. Es reicht nicht, wenn Sie als Stadtverordnetenvorsteher der SPD sagen, dass es ausreicht, einmal mit der Verwaltung gesprochen zu haben. Damit wird der Antrag als unnötig abgetan.

Das ist vielleicht Ihr Selbstverständnis, aber das sollte nicht das Selbstverständnis aller Kolleginnen und Kollegen hier im Haus sein. Ein politischer Antrag gibt der Verwaltung einen klaren Auftrag, den sie umsetzen muss. Dieses Vorgehen halte ich für angemessen und nicht für vertrauensvoll darauf zu setzen, dass die Verwaltung irgendwann tätig wird, wenn sie sagt, dass sie bereits daran arbeitet.

Das ist eine Einstellung, die ich nicht nachvollziehen kann.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Antrag Timke – Überweisung in den P&O-Ausschuss):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen (BD, WfB, AfD, Knorr, Schott, Schuster) und 1 Enthaltung (Lichtenfeld).

Beschluss (StVV - AT 32/2023):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 14 Ja-Stimmen (Grüne+P, WfB, LINKE, AfD, Knorr, Lichtenfeld, Schott, Schuster).

**TOP
1.2**

Aufwertung des Reinkenheider Forsts (GRÜNE)

StVV - AT 33/2023

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Wir beantragen mit diesem Antrag, dass die Stadtverordnetenversammlung beschließen möge, den Magistrat aufzufordern, ein Konzept vorzulegen, wie der Reinkenheider Forst langfristig mit Blick auf seine Bedeutung für das Stadtklima gesichert und erhalten werden kann. Voraussetzung für entsprechende Überlegungen für den Reinkenheider Forst ist, dass er in städtischem Eigentum verbleibt.

Dieser Antrag ist tatsächlich sehr alt. Er trägt ein Datum von vor einem Jahr und stammt noch aus der letzten Legislaturperiode. Damals gab es im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Vorschlag der jetzigen Koalition, den Reinkenheider Forst zu privatisieren, sprich zu verkaufen, um Einnahmen für den Haushalt zu generieren. Wir halten das nach wie vor für falsch.

Ich verweise auf die Begründung, dass Wälder insgesamt für den Klimaschutz eine herausragende Bedeutung haben – insbesondere in Zeiten des Klimawandels. Sie speichern Wasser und sind insbesondere in dicht bebauten Regionen wichtige Zonen für die Entstehung kühler Luft. Die Wetternachrichten in den vergangenen Jahren, auch in den vergangenen Tagen, haben gezeigt, dass der Klimawandel sich deutlich beschleunigt hat. Das 1,5-Grad-Ziel wird aller Voraussicht nach nicht mehr zu halten sein. Die Zeiträume der Hitzeperioden werden auch hier in Bremerhaven zunehmen. Die Höchsttemperaturen werden voraussichtlich weiter deutlich steigen.

Mit dieser Forderung, den Wald zu erhalten, stehen wir übrigens nicht alleine. Auch der Naturschutzbeirat der Stadt Bremerhaven, bestehend aus Fachleuten, hat schon im März '23 die dauerhafte Sicherung des Reinkenheider Forstes gefordert: „Dieser übernehme“, ich zitiere, „als Waldfläche wichtige Funktionen für den Naturhaushalt, die naturbezogene Naherholung und das Stadtklima.“

Um eine dauerhafte Sicherung zu gewährleisten, dass der Wald nicht verkauft wird, ist dieser Beschluss erforderlich. Ich erinnere daran, dass wir wieder vor den kommenden Haushaltsberatungen stehen. Vertreter der Koalition haben bereits klar gemacht, dass diese Beratungen sehr schwierig werden. Wir haben eine Auflage aus Bremen für den laufenden Haushalt bekommen, und ich möchte verhindern, dass wieder solche Ideen aufkommen, Naturflächen – insbesondere den Reinkenheider Forst – schlicht zu verkaufen. Nein, das wird nicht ausreichen, Herr Kämmerer, aber wie ich Sie kenne, nehmen Sie ja alles, was geht.

Durch das zu erstellende Konzept soll ein langfristiger Umbau von einem Nadel- zu einem Mischwald möglich werden, der auf die Herausforderungen höherer Temperaturen und größerer Niederschläge durch den Klimawandel vorbereitet ist. Die Wichtigkeit von städtischen Wäldern und Grünflächen wurde beispielsweise gestern in einem Beitrag auf Tagesschau24.de betont. Alle Städte in Deutschland bereiten sich auf die Folgen des Klimawandels vor, indem sie verstärkt Grünflächen ausweisen und neue Grünflächen anlegen. Ob durch vertikale Gärten, wie in Frankfurt, oder durch die Entsiegelung großer Flächen und Anpflanzung von Grünflächen.

Dies ist ein sehr wichtiges Mittel, und wir hoffen, dass wir Ihre Unterstützung finden, nicht nur um das Klima in der Stadt zu verbessern, sondern insbesondere auch die Gesundheit. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass starke Hitzeperioden die Sterblichkeit in betroffenen Regionen stark erhöhen. Hitze ist einer der größten Gefahren. Unsere erste Aufgabe ist es, die Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dazu gehört für uns eben auch der Erhalt von Grünflächen. Bitte stimmen Sie daher unserem Antrag zu.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Erlauben Sie mir, kurz zu erläutern, warum der Reinkenheider Forst für Bremerhaven ein bedeutendes Waldstück ist. Der Reinkenheider Forst ist ein einzigartiger Naturraum, der sowohl für die lokale Biodiversität als auch für das Klima von entscheidender Bedeutung ist. Als einer der wichtigen natürlichen Lebensräume in unserer Region beherbergt er eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten und spielt eine wichtige Rolle im ökologischen Gleichgewicht. Der Forst bietet zahlreichen Arten ein Zuhause und trägt so zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei. Hier finden Tiere und Pflanzen Schutz, die woanders kaum noch existieren können.

Der Reinkenheider Forst ist ein Ort, an dem Natur in ihrer Vielfalt erlebbar ist. Bäume binden CO₂ und tragen aktiv zum Klimaschutz bei. Sie produzieren Sauerstoff und verbessern unsere Luftqualität in unserer Region. Dies ist besonders in Zeiten des Klimawandels von unschätzbarem Wert.

Die zunehmende Urbanisierung und die Veränderung der Landschaft gefährden den Forst und die darin lebenden Arten. Der Klimawandel verändert das Ökosystem und stellt die Artenvielfalt im Forst auf die Probe. Um den Reinkenheider Forst für zukünftige Generationen zu bewahren, sind umfassende Schutzmaßnahmen erforderlich, um den Forst zu erhalten. Dazu gehört die Schaffung von

Schutzgebieten und die Entwicklung nachhaltiger Konzepte für Freizeitaktivitäten, die im Einklang mit der Natur stehen.

Ich appelliere an die Stadtverordnetenversammlung, sich für den langfristigen Schutz des Reinkenheider Forsts einzusetzen. Der Reinkenheider Forst ist mehr als nur ein Wald – er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Region, der sowohl als Lebensraum als auch für den Klimaschutz eine bedeutende Rolle spielt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass der Reinkenheider Forst weiterhin als grüne Lunge unserer Region erhalten bleibt. Indem wir uns für seinen Schutz einsetzen, sorgen wir nicht nur für die Natur, sondern auch für eine lebenswerte Zukunft in Bremerhaven.

Stadtverordneter RASCHEN:

Ich will es relativ kurz machen. Wenn ich so die Begründungen, jetzt von den Grünen und von den Linken höre, dann ist der Reinkenheider Forst quasi das Lebensrettende im Moment hier in Bremerhaven. Ich glaube, hier in unserer Region, anders als in NRW haben wir mit Grün kein Problem. Und ich will auch noch mal mit der Mär aufräumen, dass wir den Wald verkaufen wollten, um da irgendwas Wirtschaftliches machen zu können, was also von Ihrer Sicht mit, ja, Versiegelung so was zu tun hat. Da sollte ein Friedwald entstehen. Und wenn ich so mit Unternehmen auch umgehe, dann muss ich mich auch nicht wundern, wenn Unternehmen in Bremerhaven nicht mehr investieren. Da gab es nämlich auch eine große Enttäuschung. Und zu Ihrer Information haben wir das Thema natürlich auch im Koalitionsvertrag mit dem Satz: „Für den städtischen Reinkenheider Forst wird ein waldwirtschaftliches Konzept entwickelt, um den Wald in ein attraktives Naherholungsgebiet zu verwandeln.“ Das heißt, wir brauchen nicht Ihren Nachhilfeunterricht und deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen. Würde aber auch bei der Bebilderung, und jetzt nehme ich mal die Kita in der Weichselstraße, Kollege Kaminiarz, auf Instagram habe ich ein Foto gesehen, wo eine Riesenindustrieanlage steht und Kinder aus dem Fenster gucken und sie wollen das Grüne erhalten. Sorry, bleiben Sie ein bisschen bei der Realität und tragen Sie nicht ganz so dick auf. Das würde uns allen helfen.

Stadtverordneter ALLERS:

Vonseiten der SPD sind wir eigentlich davon ausgegangen, dass der Antrag zurückgezogen wird, weil er eigentlich schon behandelt worden ist im Bauausschuss genau mit der Thematik und auch mehrheitlich zugestimmt worden ist. Im Grunde wird jetzt eine Debatte geführt, die im Bauausschuss hätte man führen müssen. Die war aber sehr, sehr, sehr verhalten, wenn ich mich daran erinnere. Heißt also im Grunde, hier wird über einen Antrag abgestimmt, der im Bauausschuss schon längst beschlossen worden ist. Der von der Koalition eingebracht worden ist, außer dem einzigen Grunde, weil es ein Riesenstau an Anträgen gab in der Stadtverordnetenversammlung. Deswegen hatten wir damals einen großen Schwung an Anträgen, kann man nachgucken, am 23.11 überwiesen in den Bauausschuss, um voranzukommen. Dementsprechend ist heute eigentlich nur ein einziges Nachklappern, was wir hier erleben. Und dementsprechend hätte man ihn zurückziehen müssen, dann wären wir in der Tagesordnung schon durchaus weiter. Nur als kleiner redaktioneller Hinweis. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Herr Raschen, eben gerade, was Sie gesagt haben, das finde ich wirklich eine fatale Meinung für Bremerhaven. Wenn Investoren unbedingt für ein Waldstück sich interessieren, dann sollen sie bitte schön nicht nach Bremerhaven kommen. Das ist für uns wichtiger, als dass eine Investition nach Bremerhaven kommt. Ich finde auch respektlos, dass Sie während meiner Rede lachen.

Stadtverordneter KOCH:

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an die Begehung des Reinkenheider Forstes mit dem Diplom-Forstwirt Sönke Hofmann, die wir vor zweieinhalb Jahren hatten. Die Bewaldung an sich ist dort nicht weiter verbesserbar, da der Boden problematisch ist. Und die hier gepflanzten Bäume nicht tief wurzeln können wegen eines hoch liegenden Grundwasserspiegels. Eine Aufwertung des Reinkenheider Forstes kann also nur darin bestehen, dass dieses Waldgebiet überhaupt erhalten bleibt. Warum man nun ein Konzept braucht, um dieses Waldgebiet zu erhalten, ist mir nicht erkennbar. Angebracht wäre ein Beschluss, der der Stadtregierung verbietet, hier eine Nutzungsänderung vorzunehmen in den nächsten, sagen wir mal 100 Jahren. Und als nächstes Ziel pflanzen wir dann bitte Bäume, die mit dem hohen Grundwasserspiegel besser zurechtkommen, zum Beispiel Erlen.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Raschen, ich muss mich auf Ihren Beitrag tatsächlich noch mal eben kurz zu Wort melden. Sie haben gesagt, wir haben kein Problem mit Grünflächen in dieser Stadt. Doch, das haben Sie. Sie, ganz speziell diese Koalition hat ein Problem mit Grünflächen in dieser Stadt. Und Sie brauchen offensichtlich Nachhilfeunterricht. Jede grüne Fläche, die sich hier irgendwie bietet, wollen Sie überbauen und versiegeln. Neue Aue, Ackmann, Tarnowitzer Straße, Bogenstraße und jetzt Weichselstraße, in all diesen Gebieten hat sich Widerstand formiert durch Bürgerinnen und Bürger, die mit dieser Politik, Grünflächen sind nicht wichtig, genug haben. Verstehen Sie bitte, Sie haben ein Problem mit diesen Grünflächen, dass mindestens an fünf Stellen in dieser Stadt inzwischen dazu führt, dass Bürgerinnen und Bürger sich organisieren müssen und Widerstand gegen Ihre Haltung, was Grünflächen in der Stadt in Zeiten des Klimawandels betrifft, organisieren müssen. Nehmen Sie zur Kenntnis, das ist hier ernst. Der Klimawandel läuft. Und auch Bremerhaven ist keine Insel der Glückseligen. Wir werden in spätestens zehn Jahren hier andere Temperaturen haben. Und wir brauchen jede verdammte Grünfläche.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Ich verstehe jetzt ehrlich gesagt nicht, warum es hier in dieser Schärfe und in dieser Debatte so stark abdriftet. Ich möchte noch mal an die Worte von dem Kollegen Allers verweisen, auf die Bau- und Umweltausschusssitzung vom 23. November letzten Jahres. Dort haben wir als Koalition einen Antrag beschlossen, der vorgesehen hat, dass ein waldwirtschaftliches Konzept für den Reinkenheider Forst entwickelt wird. Dieses soll nachhaltig sein und zur Naherholung dienen. Und wir haben auch das Umweltdezernat dazu aufgefordert, das in einem Zeitrahmen von ungefähr einem Jahr zu machen. Dementsprechend bitte ich um ein wenig Entspannung, weil wir müssten demnächst von einem Sachstandsbericht ausgehen. Daher bitte ich darum, dass wir jetzt einfach in dieser Debatte ein bisschen zügiger vorankommen, damit wir auch die anderen Anträge behandeln können. Das Ding wird jetzt gerade heißer gekocht, als es eigentlich ist.

Stadtverordneter RASCHEN:

Lieber Kollege Kaminiarz, jetzt noch mal zum Reinkenheider Forst: Der sollte nur forstwirtschaftlich entwickelt werden und ein Friedwald entstehen. Der Wald war nie in Gefahr. Sie erzählen hier Geschichten. Ja, und es sammeln sich immer Anwohner um bestimmte Punkte, die dann demonstrieren, meistens an der Zahl so um die 70. In der Bogenstraße, da gebe ich Ihnen recht, da habe ich auch Bauchschmerzen, weil das sind wirklich ganz alte Bäume. Und da muss man andere Lösungen finden. Aber im Reinkenheider Forst hat nie einer irgendwas geplant, den Wald da wegzunehmen,

das ist einfach eine Geschichtenerzählung, die erfunden wurde und hat mit der Realität einfach nichts zu tun gehabt. Und wie gesagt, die Demonstrationen sind überschaubar. Und wenn sich 70 melden, haben sich irgendwie aber 115.000 nicht gemeldet, gehört auch zur Wahrheit dazu. Daher ist der Antrag überflüssig, Kollege Allers hat ja gesagt, wo wir schon beschlossen haben.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Raschen, dann erzählen Sie die Geschichte doch auch bitte richtig. Es war damals in der Koalition beschlossen worden, zur Haushaltssicherung. Ich hatte deswegen auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit dem Kämmerer gesprochen, wie dringend denn die Haushaltsprobleme damals gewesen sind. Die Idee, das Ganze später an einen Investor als Friedwald veräußern zu können, kam erst später. Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Sie vorhin, ich habe das nicht ganz verstanden, auf irgendein Bild abgehoben haben in diesem Zusammenhang mit der Weichselstraße. Ich kriege das auch nicht ganz zusammen. Aber ich wollte mich bedanken, wir haben ja eine Pressemitteilung rausgegeben, auch als Instagram-Post und die haben Sie, wenn ich das richtig gesehen habe, geliked.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Eigentlich wollte ich mich hier gar nicht mehr groß einlassen, aber nachdem Herr Kaminiarz hier so schöne Sätze gesagt hat, möchte ich dann doch noch mal auch zwei, drei schöne Sätze sagen. Herr Kaminiarz, es sind nicht die Betroffenen, die Grünen fordern hier in Bremerhaven und auch sonst wo, es ist Ihre Klientel, und zwar ausschließlich das. Nach Ihrer Auffassung liegt ja alles am Klimawandel. Alles Übel dieser Welt kommt vom Klimawandel. Ich könnte das jetzt mal so darstellen, wie Frau Göring-Eckardt das mal gesagt hat, in einer anderen Ausführung allerdings. Ich könnte jetzt sagen, weil Sie gesagt haben, in zehn Jahren haben wir es hier schön warm. Herr Kaminiarz, ich freue mich auf den Klimawandel, wenn wir das in zehn Jahren ein bisschen wärmer haben in Bremerhaven, kann das nicht schaden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, LINKE, Knorr) und 10 Enthaltungen (BD, WfB, Lichtenfeld, Schott, Schuster).

TOP 1.3 Bremerhaven tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ bei (GRÜNE)

StVV - AT 34/2023

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Mit dem Antrag möchten wir, dass die Stadt Bremerhaven der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ beitrifft. Diese Initiative ist vor dreieinhalb Jahren durch sieben Städte, darunter auch Hannover, gegründet worden. Ziel dieser Initiative ist es, Städte durch eine moderne Verkehrspolitik für die Menschen attraktiver zu machen. Grundsätzlich sind attraktive Städte wahrscheinlich im Interesse unser aller. Eine der Kernforderungen dabei ist eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, nämlich die bessere Einrichtung von geringeren Tempogeswindigkeiten, als es bislang durch die Gesetze zulässig ist. Es gibt

zahlreiche Argumente für die Reduzierung der Geschwindigkeit innerhalb von Ortschaften. Der Verkehr wird sicherer, insbesondere für Menschen, die sich nicht so gut im Verkehr bewegen können, erzeugt weniger Stress, es wird leiser, die Luft wird sauberer. Insgesamt erhöht Tempo 30 die Attraktivität des Straßenraums als Aufenthaltsraum.

Inzwischen, wie gesagt, dreieinhalb Jahre her, sind der Initiative 1.120 Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik beigetreten, darunter 357 von einer CDU/CSU geführten Stadtregierung, 252 von der SPD geführten Stadtregierung und tatsächlich sogar 15 von der FDP geführten Stadtregierungen, also ein sehr überparteilich breites Bündnis. Die Initiative hat im Juni '24 eine Überarbeitung des straffen Verkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung durch den Bundestag erreichen können, in der unter anderem der Klimaschutz und der Städtebau als neue Ziele in die Gesetze aufgenommen wurden und damit die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs gleichgestellt worden ist. Die Anordnung eines Tempolimits innerorts ist aber weiterhin nur in engen Einschränkungen möglich. Die Begründung für die verkehrsrechtliche Anordnung bleibt nach wie vor sehr hoch, soweit die Erkenntnis bislang.

Mit anderen Worten: Die Initiative hat sich noch nicht aufgelöst. Im Gegenteil, ein Beitritt ist nach wie vor sinnvoll und notwendig, da wir finden, dass es auch für Bremerhaven Zeit ist, für mehr Lebensqualität zu sorgen, insbesondere durch eine Entschleunigung des Verkehrs. Daher möchten wir den Beitritt Bremerhavens zu dieser Initiative erreichen.

Stadtverordneter FREEMANN:

Herr Kaminiarz, wenn Sie der Koalition vorwerfen, dass wir ein Problem mit Grünflächen haben, dann sage ich Ihnen hier mal ganz deutlich, Sie haben ein Problem mit Autofahrern. Sie haben Probleme mit Menschen, die ein Haus bauen wollen, und Sie haben im Moment ein Problem mit Kita-Neubauten, auch wenn Sie das bestreiten. Und eins vorweg, diese Koalition wird Ihren Antrag ablehnen. Ich will Ihnen auch sagen warum.

Sie haben ja selber gesagt, dass diese Initiative darauf abzielt, Tempo 30 innerorts zum Standard zu erklären und den Städten mehr Entscheidungsfreiheit zu geben. Doch genau, Herr Kaminiarz, diese Entscheidungsfreiheit ist durch die jüngsten Änderungen des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung bereits gewährleistet. Kommunen können Tempo 30 in sensiblen Bereichen wie Wohngebieten, Schulen und vor Kitas anordnen. Und Bremerhaven hat diese Möglichkeiten bereits genutzt, und zwar umfassend genutzt. Über 90 % unserer Straßen haben Geschwindigkeitsbeschränkungen und das auch auf Hauptverkehrsstraßen an sensiblen Bereichen. Sie können sich an der Schiffdorfer Chaussee angucken. Und da darf man auch nicht vergessen, welche Aufgaben eigentlich Hauptverkehrsstraßen haben. Sie erfüllen eine klare Funktion. Sie sorgen für den schnellen und effizienten Verkehrsfluss, entlasten Wohngebiete und sind wichtig für den öffentlichen Nahverkehr sowie für die Logistik. Eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 würde diese Funktion beeinträchtigen. Autofahrer könnten dann durch Wohngebiete ausweichen, was Lärm und Belastung für Anwohner erhöht. Und das ist doch genau das, Herr Kaminiarz, was Sie uns gerade gesagt haben, was verhindert werden soll.

Außerdem würden längere Fahrzeiten den öffentlichen Nahverkehr und die Wirtschaft belasten. Und das in einer Stadt, die als Hafen- und Logistikstandort auf fließenden Verkehr angewiesen ist. Darüber hinaus wäre der Umsatz einer solchen Regelung mit hohen Kosten für notwendige Anpassungen in der Technik verbunden.

Zusammengefasst, Bremerhaven hat bereits die nötigen Maßnahmen ergriffen, um Tempo 30 dort einzuführen, wo es sinnvoll ist. Ein Beitritt zur Initiative wäre daher nicht nur überflüssig, sondern könnte langfristig in eine Richtung führen, die wir nicht unterstützen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Viele Städte und Gemeinden engagieren sich grundsätzlich über die Bedeutung von Straßen für die Sozialökologie, das Stadtbild und die Lebensqualität nach dem Entwickeln umweltfreundlicher Verkehrskonzepte. Verkehrssicherheit, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Förderung von Fuß- und Radverkehr sowie die Erhöhung der Aufenthaltsqualität sind Gründe für die Kommunen, Tempo 30 verstärkt auch an innerörtlichen Hauptstraßen anzuordnen.

Nach Stand 2023 engagieren sich 967 Städte und Gemeinden in der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“. Das Umweltbundesamt hat die wichtigsten Erkenntnisse aus der Messung der Tempo-30-Wirkung in der Broschüre „Wirkung von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen“ zusammengetragen.

Fazit: Tempo 30 verbessert überwiegend Umwelt, Qualität, Sicherheit sowie Verkehrseinfluss. Anwohnende nehmen die Entlastung wahr. Nicht nur die CO₂-Emissionen werden durch eine Verringerung der Höchstgeschwindigkeit verringert, dies gilt auch insbesondere für Luftschadstoffe wie das Dieselasgasgift

Stickstoffdioxid. Auch in Deutschland sind Stickstoffeinträge ein großes Problem. Gut zwei Drittel der Fläche empfindlicher Ökosysteme waren 2015 durch höhere Stickstoffeinträge bedroht. Dieser Wert soll bis 2030 70 % reduziert werden.

Zusätzlich verpflichten EU-Vorgaben wie die nationale Emissionsminderungsverpflichtungen Deutschland, bis 2030 Ammoniak um 29 % und Stickstoffdioxide um 65 % zu reduzieren. Das Tempolimit wäre eine Maßnahme auf dem richtigen Weg.

Neben dem Schutz des Klimas hat das Tempolimit auch einen wichtigen Einfluss auf die Reduktion des Kraftstoffverbrauchs und damit auch den Bedarf an Rohölimporten.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“. Heute möchte ich Ihnen einige Argumente präsentieren, die gegen die Einführung von Tempolimits von 30 km/h in unseren Innenstädten sprechen. Während es unbestreitbar ist, dass Sicherheit und Umweltschutz wichtige Themen sind, müssen wir auch die praktischen Auswirkungen solcher Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Verkehr, die Wirtschaft und das tägliche Leben der Bürger berücksichtigen. Erstens: Verkehrsfluss und Stauproblematik. Ein zentrales Argument gegen ein generelles Tempolimit von 30 km/h ist die Beeinträchtigung des Verkehrsflusses. In vielen Städten sind die Straßen bereits stark frequentiert, eine Reduzierung der Geschwindigkeit führt oft zu einem erhöhten Stauaufkommen. Wenn Fahrzeuge langsamer fahren, verlängert sich die Zeit, die sie benötigen, um ihre Ziele zu erreichen. Dies kann dazu führen, dass Pendler länger im Verkehr stecken bleiben. Was nicht nur frustrierend ist, sondern auch negative Auswirkungen auf die Produktivität hat.

Zweitens: wirtschaftliche Auswirkungen. Die Wirtschaft leidet unter langen Fahrzeiten und ineffizienten Verkehrsbedingungen. Lieferdienste und Gewerbetreibende sind auf schnelle Transportwege angewiesen. Ein Tempolimit von 30 km/h könnte die Lieferzeiten erheblich verlängern und somit zusätzliche Kosten verursachen, die letztendlich an den Verbraucher weitergegeben werden. Dies könnte insbesondere kleine Unternehmen in der Innenstadt treffen, die auf einen reibungslosen Verkehrsfluss angewiesen sind.

Drittens: Fahrzeugtechnologie und Sicherheit. Moderne Fahrzeuge sind mit fortschrittlichen Sicherheitssystemen ausgestattet, die eine sichere Fahrt bei höheren Geschwindigkeiten ermöglichen. Viele Studien zeigen, dass Unfälle nicht nur durch Geschwindigkeit verursacht werden, sondern durch andere Faktoren wie Ablenkung oder Fahrverhalten. Statt pauschale Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen, sollten wir uns darauf konzentrieren, das Fahrverhalten zu schulen und sichere Straßeninfrastrukturen zu schaffen.

Viertens: Alternative Lösung zur Verbesserung der Sicherheit: Anstatt ein generelles Tempolimit von 30 km/h könnten gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ergriffen werden. Dazu gehören beispielsweise bessere Beschilderung, mehr Fußgängerüberwege oder verkehrsberuhigte Zonen in besonders gefährdeten Bereichen wie Schulen oder Wohngebieten. Solche Maßnahmen können effektiv sein, ohne den gesamten Verkehr unnötig zu verlangsamen.

Lebensqualität in der Stadt, ein weiteres Argument gegen Tempo 30 ist die Frage der Lebensqualität für alle Verkehrsteilnehmer. Langsame Geschwindigkeiten können dazu führen, dass Autofahrer frustriert werden und aggressiver fahren. Ein Phänomen, das als Stau- und Stop-and-go-Verhalten bekannt ist. Dies kann das Risiko von Unfällen erhöhen und das allgemeine Wohlbefinden beeinträchtigen. Mein Fazit: Zusammenfassend lässt sich sagen, ein generelles Tempolimit von 30 km/h in unserer Innenstadt mag auf den ersten Blick als sinnvolle Maßnahme erscheinen, doch bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass es viele negative Auswirkungen haben kann auf den Verkehrsfluss, auf unsere Wirtschaft und letztendlich auch auf unsere Lebensqualität. Lassen Sie uns stattdessen nach intelligenten Lösungen suchen, die sowohl Sicherheit als auch Effizienz fördern, ohne dabei den Verkehr unnötig zu behindern. Deswegen stimme ich heute gegen diesen sinnlosen ideologischen Antrag der Grünen.

Stadtverordneter STARK:

Flächendeckend Tempo 30-Zonen in der Innenstadt brauchen wir nicht beziehungsweise nicht noch mehr. In Wohngebieten mit vielen Familien, Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Altenheimen machen Tempo-30-Zonen auf jeden Fall Sinn. Die Hauptstraßen sollten auf jeden Fall davon ausgeschlossen werden, um den Verkehrsfluss nicht zu beeinträchtigen.

Die Umweltbelastungen können bei einer Reduzierung der Geschwindigkeit nicht immer zu einer Verringerung von Lärm und Schadstoffemissionen führen. Die Lärmbelästigung wird maximal um zwei bis drei Dezibel gesenkt beziehungsweise reduziert, der Verbrauch sogar steigern. Für den öffentlichen Nahverkehr könnten die Betriebskosten sogar steigen, eventuell auch mehr Personal und Fahrzeuge werden benötigt. Auch Lieferanten und Handwerker können länger zu Kunden brauchen. Es sollte zur Not dafür eine Bürgerbeteiligung angedacht werden.

Ich habe noch keinen weiteren kennengelernt, der Tempo 30 befürwortet, außer wenn ich das so hier höre von den Grünen. Wir lehnen die Maßnahme auf jeden Fall ab.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Noch ein gut abgehangener Antrag der führenden Orientierungspartei, wie Ricarda Lang so schön gesagt hat über ihre Partei. „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit“, meinen Sie Fahrräder oder meinen Sie E-Roller, die zum Teil wie irre auf Gehwegen und entgegengesetzt der Fahrtrichtung unterwegs sind? Da den Grünen in ihrer Endzeitphase nichts Neues mehr einfällt, wiederkauen sie ihre eigenen Anträge immer wieder. Und ich wiederhole mich dann auch hier gerne. Mit den Grünen zurück in die Steinzeit oder was den Bürgern droht, nämlich die Abschaffung der Demokratie durch die permanente Beförderung von Einzelinteressen zulasten des Allgemeinwohls.

Wir erinnern uns, Waldsterben, Ozonloch, Feinstaub, Veggieday, Fukushima, Tempo 100, Wackersdorf Anti-AKW, Startbahn West, Erderwärmung, CO2-Lüge, Fridays for Future, Klimakleber. Dinge, die nicht existieren oder völlig überflüssig sind, die Grünen aber als Existenzgrundlage ihrer Politik, letztlich ihres Einkommens brauchen. Nun also wieder das Tempo, jetzt Tempo 30 in den Städten. Alles Ideologie, grüne Ideologie, all das ist nichts als grüne Verschwörungstheorie. Grüne Verschwörungstheorie, die den Bürgern Angst machen, durch Angst gefügig machen.

Aber selbst die Grünen bleiben ihren Ideologien, Verschwörungstheorien nur so lange treu, wie es ihnen hilft.

Beim Thema Nachrüstung, Abschaffung der Bundeswehr gilt nun das Gegenteil der eigenen Weltanschauung im selbst ernannten Dritten Weltkrieg. Dann gern mit Taurus die Russen angreifen. Nun gut.

Oder dadurch also tote Städte, wie hier behauptet wird, ganz ohne Auto, denn das ist das eigentliche Ziel. Tote Innenstädte sind nicht lebenswert, sie werden gemieden oder von falscher Klientel besetzt, wie hier auch in Bremerhaven zum Beispiel die Hafestraße, die Lloydstraße oder die Untere Bürger. Trotz null Geschwindigkeit in der Unteren Bürger ist diese Straße alles andere als lebens- oder lebenswert, trostlos, wie viele verkehrsberuhigte Straßen in ganz Deutschland durch angepasste Geschwindigkeit. Statt sich für einen fließenden Verkehr einzusetzen, Grünphasen auf den Hauptstraßen zum Beispiel oder sogar gerne mit 70 durch die Stadt - es gab in Bremerhaven schon mal die Möglichkeit, auf der Stresemannstraße abends 60 zu fahren, ich erinnere daran - wollen die Grünen dem Bürger gerne weitere Einschränkungen seiner Bewegungsfreiheit, seiner Freiheit insgesamt, seines Lebensspases nehmen.

Dazu, zum lieben Spaß, gehört in Deutschland immer noch das Auto, das freie Fahren, der Spaß am Auto, alles andere ist ideologischer Schwachsinn. Wir, die AfD, wir fordern eher fahrradfreie Grünanlagen. Das tut nämlich auch den Grünanlagen gut, statt autofreier Innenstädte. Freie Fahrt also für freie Bürger.

Stadtverordnete KNORR:

Ich habe in dieser Legislaturperiode bereits häufig auf Beiträge verzichtet, da ich nicht den gesamten Ablauf unnötig aufhalten wollte. Doch heute ist mir etwas eingefallen, das ich gerne hinzufügen möchte.

Ich finde es eher rückschrittlich, sich an alten Gewohnheiten festzuhalten. Wenn ich von mir selbst ausgehe, wäre es für mich auch eine Umstellung, auf Geschwindigkeiten von über 130 km/h zu verzichten und mich an niedrigere Geschwindigkeiten anzupassen. Allerdings gibt es viele Studien, die zeigen, dass eine langsame und bewusste Entschleunigung des Alltags die Menschen zufriedener macht. Wenn man sich im Urlaub oder in entspannten Situationen befindet, ist man ja auch viel entspannter unterwegs.

Eine Geschwindigkeitsreduzierung würde im Prinzip dazu führen, dass wir einen langsameren Alltag um uns herumhaben. Ich finde das zukunftsweisend und unterstütze solche Initiativen. Es ist wichtig, dass wir das Wohl der Bürger berücksichtigen und ihre Lebensqualität steigern.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ja, ich stimme Frau Knorr zu. Es wäre schön, wenn andere Redner und Rednerinnen sich beim Reden etwas zurückhalten könnten, damit der Rest im Raum besser zuhören kann. Das stört nämlich, insbesondere wenn man hinten sitzt und den Redebeitrag dann mitbekommt.

Zum Thema „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit“ der Grünen muss ich ehrlich sagen, dass ich nicht Ihrer Meinung bin. Ich werde diesen Antrag ablehnen, da ich ihn für wirklich unangebracht halte. Wir sind eine Autofahrerstadt und eine Hafenstadt. Wir brauchen den reibungslosen Verkehrsfluss zu und von unserem Hafen.

Wie Herr Freemann vorhin bereits angesprochen hat, kann man viele Straßen beobachten, z.B. die Schiffdorfer Chaussee. Da stimme ich ihm zu. Wir haben auch in anderen Bereichen Tempo-30-Zonen, wie in der Mühle oder in der Georgstraße, wo der Verkehr bereits stark ausgebremst wird. Deshalb sehe ich keinen Bedarf für eine generelle Einführung von Tempo 30 in der gesamten Stadt.

Zudem haben die Grünen bereits versucht, die Innenstadt autofrei zu machen, und sind kläglich gescheitert. Mit diesem Antrag wird es ihnen ebenfalls nicht gelingen.

Unsere Stadt kann es sich nicht leisten, den Verkehr weiter zu bremsen, insbesondere nicht vor dem Hintergrund unserer Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern, die weiterhin für Bremerhaven gewonnen werden sollen.

Ich denke, dass solche Maßnahmen den Unmut einiger Bürgerinnen und Bürger verstärken könnten und daher sollten wir dies nicht unterstützen. Es ist auch zu bedenken, dass viele Bürgerinnen und Bürger Bremerhaven verlassen könnten, um ins niedersächsische Umland zu ziehen. Mit diesen Aspekten müssen wir uns ebenfalls auseinandersetzen.

Daher werde ich diesen Antrag ablehnen, da ich ihn für überflüssig halte.

Stadtverordneter STARK:

Wenn ich abends so gegen 21 Uhr von Geestemünde nach Hause fahre nach Leherheide, wenn ich da mit 55 durchgehend fahre, habe ich immer grüne Welle. Sollte ich das mit 30 tun, 30 km/h, stehe ich an jeder Ampel, fahre dauernd an, bremsen wieder dauernd. Verbrauche mehr Sprit, habe mehr Emissionen erzeugt. Wer hat denn dazu Lust? So gilt das auch für andere Straßen in Bremerhaven. Gut, es gibt einige Strecken, das sind wirklich Rennstrecken, da müsste man mal was tun, aber sonst fällt mir da zu nichts weiter ein zu Tempo 30.

Stadtverordneter KOCH:

Die Antragsteller schreiben, dass eine reduzierte Geschwindigkeit weniger Stress erzeugt, Tempo 30 die Attraktivität des Straßenraums erhöht und eine Regelgeschwindigkeit von 30 das Leben erleichtert. Dem muss ich hier widersprechen. Für mich persönlich erzeugt eine Geschwindigkeitsbegrenzung Stress. Eine attraktive Straße ist für mich eine, auf der ich zügig an mein Ziel gelange. Ich möchte nicht lange aufhalten oder aufgehalten werden.

Somit erleichtert eine Regelgeschwindigkeit von 30 das Leben für mich nicht, sondern erschwert es. Gerade auf der alten B 6, wie Elbestraße, Stresemannstraße oder Langener Landstraße, ist ohnehin bereits die Ampelschaltung für eine grüne Welle bei 60 km/h ausgelegt. Daher bitte ich darum, diese Straßen für eine angepasste Geschwindigkeit von 60 km/h freizugeben.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, LINKE, Knorr).

**TOP
1.4**

Piksen rettet Leben – Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran (BD)

StVV - AT 36/2023

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Unser Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland betrifft das Thema Blutspende. Und es muss ganz klar gesagt werden: Unser Antrag hat das Potenzial, Leben zu retten. Durchschnittlich werden täglich 15.000 Blutkonserven benötigt. Das ist eine beträchtliche Menge, und 75 % dieser Blutkonserven werden von den sechs Blutspendediensten des DRK bereitgestellt. Leider ist die Anzahl der Vollblutspender rückläufig – teils aufgrund des Alters, teils aus Krankheitsgründen. Auch junge

Spender, die nachrücken könnten, sind bislang nur wenig vorhanden, denn das Durchschnittsalter der Spender liegt bei 42 Jahren und ist entsprechend hoch. Es sind sowohl neue als auch jüngere Spender dringend notwendig. Beide Gruppen werden benötigt, um die Versorgung mit Blutkonserven sicherzustellen.

Blutkonserven retten Leben – und zwar vieler Menschen. Der ein oder andere hier im Saal wird vielleicht schon einmal auf eine Blutkonserve angewiesen gewesen sein. Ich selbst kenne jedenfalls jemanden. Und selbst wenn nicht, so kennt jeder von uns doch jemanden, der betroffen war.

Daher ist es umso wichtiger, dass ausreichend Blutkonserven zur Verfügung stehen – auch für die besonders seltenen Blutgruppen, die nicht mit jedem kompatibel sind.

Daher beantragt die Fraktion Bündnis Deutschland heute, einen Blutspende-Aktionstag während der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu organisieren. Mitglieder dieses Gremiums, Mitarbeiter der Verwaltung und natürlich jeder Bürger soll die Möglichkeit erhalten, im Rahmen dieser Veranstaltung Blut zu spenden – ähnlich wie es bereits in anderen Parlamenten durchgeführt wurde.

Durch die Bewerbung über Bremerhaven Bus und andere Kanäle soll dem Thema auch in der breiten Bevölkerung noch einmal gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen und ein Lebensretter sein.

Stimmen Sie diesem Antrag zu.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:

Auch im Bereich der Blutspende besteht Handlungsbedarf. Allerdings greift aus unserer Sicht eine einmalige Werbeaktion ausschließlich für die Blutspende zu kurz. Seit Jahren besteht bundesweit ein Mangel an Personen mit Organ- und Stammzellen-Spendenbereitschaft. Der Altersdurchschnitt von Blutspendenden erhöht sich stetig, und jährlich fallen Tausende von Spendenden aus Gesundheitsgründen aus.

Besonders wichtig erscheint es uns, jüngere Zielgruppen – etwa die 18- bis 30-Jährigen – gezielt anzusprechen und für dieses Thema zu sensibilisieren. Für diese Zielgruppen sind herkömmliche Medien wie Zeitungen, Fernsehen oder Plakatwerbung weniger geeignet.

Deshalb hat unsere Fraktion in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.09.24 einen Antrag eingebracht, mit dem Ziel, eine Online-Informationenkampagne für die Gewinnung von Blut-, Stammzellen- und Organspender:innen in Bremerhaven zu entwickeln und umzusetzen. Die Koalition aus SPD, CDU und FDP unterstützte unsere Initiative zur Erhöhung der Spendenbereitschaft in Bremerhaven. Der inhaltlich ergänzende Änderungsantrag der Koalition, der insbesondere auf eine professionalisierte, langfristige und evaluierte Informationskampagne abzielte, wurde mit einer großen Mehrheit – oder ich meine sogar einstimmig, einschließlich der Stimme von BD – angenommen.

Natürlich steht einer Initiative von einzelnen Fraktionen oder Abgeordneten nichts im Weg. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen+P überlegt dementsprechend, kleine Clips für Social Media zu produzieren, um die Kampagne zu unterstützen. Den Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland lehnen wir ab.

Stadtverordnete DERTWINKEL:

Blutprodukte sind in der Medizin unverzichtbar. 80 % der Deutschen sind irgendwann einmal in ihrem Leben darauf angewiesen. Frau Tiedemann hat vollkommen recht. Es wird stets Blut benötigt, denn für diesen Lebenssaft gibt es keinen Ersatz. Deswegen muss Blut spendet werden. Bis dahin sind wir absolut d'accord mit Ihnen.

Aber dass unser Parlament nun als Forum dazu dienen soll, ist inakzeptabel. Die Stadtverordnetenversammlung taugt nicht, mit Verlaub, als Showroom dafür. Dieses Parlament muss sich nicht zu spektakulären Aktionen hinreißen lassen – ganz

abgesehen vom Prozedere, ob dessen, denn mit einem kleinen Piks, wie Sie es benennen, ist es wohl nicht getan. Die Vor- beziehungsweise Nachbereitung einer Spende nimmt nämlich tatsächlich über eine Stunde in Anspruch mit Vitalcheck, Ruhepause und so weiter. Und wäre dementsprechend gar nicht durchführbar.

Ich komme auch noch einmal darauf zu sprechen, lieber Vorredner, dass wir im Gesundheitsausschuss am 11.09 den Antrag durchbekommen haben mit großer Mehrheit, gebe ich Ihnen auch wieder recht, dass es zu dieser Online- Informationskampagne kommt. Wir werden im Gesundheitsausschuss regelmäßig darüber informiert, inwieweit es Resonanzen von jungen Leuten gibt, die durch diese Kampagne zu einer erhöhten Spendenbereitschaft animiert werden sollen. Dabei soll ja auch für Werbung, die Sie ansprachen, und einem entsprechenden Logo gesorgt werden. Die Beratung dieser ganzen Kampagne wird wohl oder soll wohl durch Fachorganisationen wie zum Beispiel dem Deutschen Roten Kreuz erfolgen.

Das wollte ich noch einmal hervorheben. Daher ist Ihr Antrag überholt und verfehlt sein Ziel. Wir können von Ihrer Seite aus eigentlich nur reinen Aktivismus erkennen und lehnen ihn daher ab.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema „Piksen rettet Leben, Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran“ möchte ich heute meine Bedenken hinsichtlich des Antrags zur Organisation eines Blutspende-Aktionstags im Stadtparlament äußern. Während ich die Wichtigkeit der Blutspende und die Notwendigkeit, mehr Menschen für diese lebensrettenden Maßnahmen zu gewinnen, voll und ganz anerkenne, sehe ich in diesem Antrag einige problematische Aspekte.

Zunächst einmal ist es wichtig zu betonen, dass die Entscheidung, Blut zu spenden, eine persönliche und freiwillige Entscheidung sein sollte. Ich bin der Überzeugung, dass niemand durch einen Mehrheitsbeschluss oder durch politische Maßnahmen dazu verpflichtet oder unter Druck gesetzt werden sollte, Blut zu spenden. Diese Motivation zur Blutspende sollte aus dem eigenen Willen kommen und nicht aus einem Gefühl der Verpflichtung oder des Drucks.

Ein Aktionstag, der von der Stadtverwaltung organisiert wird und bei dem die Teilnahme möglicherweise als politisches Statement interpretiert werden könnte, könnte dazu führen, dass sich einige Personen unwohl fühlen und unter Druck gesetzt fühlen, teilzunehmen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Freiwilligkeit, der für die Blutspende von entscheidender Bedeutung ist.

Darüber hinaus könnte ein solcher Aktionstag den Eindruck erwecken, dass wir als Stadtverordnete uns lediglich um das Thema kümmern wollen, ohne tatsächlich nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Es wäre sinnvoller, langfristige Strategien zur Förderung der Blutspende zu erarbeiten, etwa durch Aufklärungskampagnen oder Kooperation mit Schulen und Universitäten, anstatt einen einmaligen Aktionstag ins Leben zu rufen.

Ich plädiere dafür, dass wir die Bürgerinnen und Bürger ermutigen und informieren sollten, anstatt sie in eine Situation zu bringen, in der sie sich verpflichtet fühlen könnten. Es gibt viele Wege, wie wir das Bewusstsein für die Bedeutung der Blutspende schärfen können – sei es durch Informationsveranstaltungen oder durch die Unterstützung bestehender Initiativen des DRK zum Beispiel.

Zusammenfassend lehne ich den Antrag ab, da ich nicht möchte, dass wir als Stadtverordnete den Eindruck erwecken, dass Blutspenden eine Pflicht ist. Lassen Sie uns stattdessen auf Freiwilligkeit setzen und Wege finden, um das Engagement für diese wichtige Sache auf eine positive und einladende Weise zu fördern.

Stadtverordneter STARK:

Ich möchte heute kurz meine Meinung zum Antrag von Bündnis Deutschland äußern. Persönlich musste ich in der Vergangenheit auch selbst auf Blutspenden angewiesen sein – mehr als ein Liter war notwendig. Daher kann ich nachvollziehen, wie wichtig diese Thematik ist. Was Bündnis Deutschland jetzt vorschlägt, ist aus meiner Sicht kein bloßer Aktionismus, sondern ein Ansatz, der langfristig und nachhaltig wirken kann.

Herr Lichtenfeld hat vollkommen recht – wir sollten über langfristige Strategien nachdenken. Vielleicht könnten wir beispielsweise alle Bürgerinnen und Bürger persönlich anschreiben und dazu ermutigen, an einem bestimmten Tag zur DRK-Kampagne zu kommen, um Blut zu spenden. Ähnliches gilt auch für Organspenden – die Notwendigkeit und Bedeutung sind unbestreitbar.

Niemand sollte verpflichtet werden, das ist klar, aber wir brauchen einen Schub, um das Thema weiter voranzubringen und das Engagement für Blut- und Organspenden wieder stärker zu fördern. Solche Initiativen können dazu beitragen, Bewusstsein zu schaffen und langfristig eine höhere Spendenbereitschaft zu erzielen.

Stadtverordneter HOFFMANN:

Blutspende ist von großer Bedeutung, das ist unbestritten. Wir können uns wirklich glücklich schätzen, dass in unserem Klinikum Reinkenheide eine gut funktionierende Blutspendedienst-Institution etabliert ist, die die Klinik unabhängig von Lieferengpässen macht. Allerdings sieht die Situation bei AMEOS ein wenig anders aus. Ich habe mich informiert und erfahren, dass die Kollegen bei AMEOS erst über Delmenhorst die entsprechenden Mengen an Blutkonserven beziehen müssen.

Dieser Blutspendedienst ist besonders und es gilt, gemeinsam mit den Profis von DRK, DSO und DKMS neue Wege zur Gewinnung von Spendern zu entwickeln. Wir brauchen innovative Ansätze, um insbesondere jüngere Zielgruppen sowie Unternehmen für die Spendenbereitschaft zu gewinnen.

Der Gesundheitsausschuss hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag, der auch Teil der Koalition ist, zu diesem Thema mehrheitlich beschlossen. Dieser Antrag geht in seiner langfristigen und umfassenden Kommunikationsstrategie über den Antrag von Bündnis Deutschland hinaus. Der Antrag von Bündnis Deutschland bewegt sich aus meiner Sicht in Richtung reinen Aktionismus und wird von uns abgelehnt.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Ehrlich gesagt schockiert es mich, was ich heute hier höre, denn die Ablehnung eines Aktionstags zur Blutspende zeigt mir, wie Sie politisch wirklich dastehen. Es zeigt, dass Ihnen nicht wirklich daran gelegen ist, dass Menschen geholfen wird – und das, meine Damen und Herren, ist ein Unding. Es zeigt, wie Sie wirklich denken.

Vielen Dank zunächst, dass Sie im Gesundheitsausschuss unser Thema aufgegriffen haben und sich Gedanken dazu gemacht haben. Herr Lichtenfeld, noch einmal zum Hinweis: Zwingen will hier niemand jemanden, Blut zu spenden. Falls Sie den Antrag noch einmal durchlesen möchten, könnten Sie ihn vielleicht besser verstehen.

Und das Argument, dass wir dieses Thema als Showthema benutzen würden, ist absoluter Schwachsinn. Wirklich unverständlich, was Sie sich dabei denken.

Wenn ich sehe, dass das Jugendparlament in der Stadt Bottrop einen solchen Aktionstag auf die Beine stellt oder dass der Bundestag ähnliche Veranstaltungen durchführt, dann sollten wir mindestens genauso gut sein wie diese Parlamente – wenn nicht sogar besser. Das sind nur einige Beispiele.

Deshalb appelliere ich nochmals an Sie: Bitte stimmen Sie einem Blutspende-Aktionstag zu. Die Stadtverordnetenversammlung hat eine Vorbildfunktion, und genau darum geht es hier – um eine Vorbildfunktion, nicht darum, irgendetwas auszuschlachten. Wir müssen als Stadtparlament zeigen, dass uns diese Thematik wirklich wichtig ist.

Stadtverordnete AX:

Was Bündnis Deutschland mit ihrem Antrag vorgelegt hat, finde ich persönlich sehr gut. Ich selbst habe vor einigen Jahren sechs Liter Blut gebraucht – und ansonsten würde ich heute hier nicht mehr stehen. Bündnis Deutschland zwingt niemandem auf, dass er oder sie Blut spenden muss.

Ich war selbst erst letzten Monat zur Blutspende, und auch dort hat mich niemand dazu gezwungen. Es ist traurig, dass wir hier im Parlament eine so - ich kann das gar nicht aussprechen - ablehnende Haltung gegenüber diesem Thema sehen.

Doch eines sollten Sie sich bewusst machen: Eines Tages werden auch Sie Blut brauchen. Und dann wird Ihnen bewusstwerden, wie wichtig es ist, dass genug Spender zur Verfügung stehen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Sehen Sie erst einmal hier vorne jemanden stehen, der über lange Jahre, Jahrzehnte einem Verein angehört, der genau dieses Thema abarbeitet. Von daher sehe Sie mich, was Blutspenden anbelangt, definitiv auf Ihrer Seite. Sehen Sie hier vorne jemanden, der sich unter anderem auch für die Knochenmarkspende registrieren ließ. Sehen Sie hier vorne jemanden, der sich hat registrieren lassen für Organspende.

Das ist das eine. Man kann Angebote unterbreiten. Man muss aber auch aufpassen, dass man nicht Überangebote schafft. Ich kann jedenfalls für den Magistrat sprechen. So hat das Mitarbeitermagazin des Magistrats im Dezember 23 berichtet, dass den Mitarbeitern eine Stunde gutgeschrieben wird, um Blut zu spenden.

Grundsätzlich ist es eine Verpflichtung jedes Einzelnen, sich in dem Bereich von Sofortmaßnahmen und Erste Hilfe weiterzubilden. Man erwartet, dass man für sich selbst Hilfe leisten kann – also darf auch ein anderer die Hilfe von uns erwarten. Das Gleiche gilt übrigens für die Themen, die ich eben angesprochen habe.

Wenn Sie aber immer wieder die Stadtverordnetenversammlung hervorheben, dann finde ich das immer etwas polemisch. Lassen Sie uns doch kurz einmal die Fraktionen durchgehen:

Da sehe ich bei der Linken maximal einen Spender, bei der SPD schließe ich schon einmal sechs aus. Bei der FDP mindestens einen oder zwei, während ich davon ausgehe, dass die Über-60-Jährigen hier nicht in Frage kommen. Das bedeutet, wir reden für 25 Stadtverordnete. Von denen erwarte ich tatsächlich auch eine gewisse Verpflichtung, wie ich gerade eben schon angedeutet habe.

Was den Magistrat anbelangt, habe ich gerade schon gesagt, gibt es bereits ein Programm. Ihr Ansinnen, ich habe es extra vorangestellt – Sie sehen da in mir schon jemanden, der diesem Thema mehr als zugeneigt ist – aber am Ende bleibt die Frage, ob ich eine Überregulierung habe und 1.000 Angebote mache. Nein, wir haben genug Angebote, wir müssen sie vielleicht nur mehr ins Bewusstsein der Menschen rücken. Da bin ich bei Ihnen, dass wir das machen müssen.

Es wurde das DRK erwähnt, die bieten übrigens ausreichend Spendenmöglichkeiten an. Sie können, ich hätte fast gesagt, täglich in unser eigenes Krankenhaus gehen. Ich glaube, dort bekommt man sogar 25 € und ein Essen – also bitteschön, gehen Sie hin. Wir haben übrigens lange für das Blutspendezentrum gekämpft, das immer wieder geschlossen werden sollte.

Ich kann nur alle Menschen, die mich jetzt hier hören, dazu auffordern: Gehen Sie Blut spenden, Knochenmark spenden, machen Sie eine Organspende, wenn Sie es mit sich selbst vereinbaren können.

Wie gesagt, das Ansinnen unterstütze ich grundsätzlich, aber Angebote haben wir genug.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ja, der Stadtverordnetenvorsteher hat es richtigerweise eben schon gesagt: Angebote haben wir genügend. Ich weiß auch nicht, dieser Antrag von Bündnis

Deutschland, ich hätte ihn lieber im Ausschuss, vielleicht im Gesundheitsausschuss oder an anderer Stelle, gesehen. Da hätte man das ja diskutieren können, da jede Partei ja auch untereinander spricht. Ich denke, dass dieser Antrag gar nicht in die Stadtverordnetenversammlung gehört. Ein Aktionstag, da stelle ich mir die Frage: Ist das für eine Stadtverordnetenversammlung ausreichend? Wir haben ja im Jahr einige Stadtverordnetenversammlungen mehr. Das heißt, dann müssten wir ja für jede Stadtverordnetenversammlung einen Aktionstag einplanen, wenn das überhaupt etwas bringen soll. Ich finde, einmal so ein Aktionstag ist ein bisschen wenig.

Jeder von uns weiß doch, worauf es ankommt. Der Stadtverordnetenvorsteher hat es eben richtigerweise schon gesagt: Zwischen 18 und 60 Jahren kann man Blut spenden. Genau. Da weiß doch jeder, dass man Blut spenden kann. Und man muss ganz ehrlich sagen, wer zur Schule gegangen ist, auch in der Schule – ich weiß das ja –, findet eine Aufklärung statt. Es finden ja auch gerade vom Deutschen Roten Kreuz an Schulen Blutspendetermine statt. Von daher kann jeder hingehen.

Der Stadtverordnetenvorsteher hat es ja schon erwähnt, dass er öfter oder schon mehrfach helfen musste, so habe ich ihn eben verstanden, und das ging mir genauso. Wer damals nicht zur Bundeswehr gegangen ist, wie ich aus verschiedenen Gründen, die es nicht zugelassen haben, der hat sieben Jahre Ersatzdienst geleistet und an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen – ob es Konzerte waren oder Sportveranstaltungen oder einfach mal ein Unfall gesehen hat und vielleicht auch helfen musste.

Wenn mancher viel Blut verliert, wie hier angesprochen wurde, braucht auch mancher Blut. Das ist richtig. Aber ich glaube, jeder weiß, wo er hingehen kann. Es gibt nicht nur das Rote Kreuz. Gott sei Dank gibt es auch unsere Krankenhäuser. Dort war ich auch schon. Es wurde auch schon gesagt, dass es dann sogar einen kleinen Beitrag oder ein Essen gibt.

Von daher denke ich, dass es gut ist, dass wir heute hier noch einmal darüber sprechen, zumindest. Jeder ist dazu aufgefordert oder sollte es sich überlegen, Blut zu spenden. Das ist sicherlich eine sinnvolle Sache. Aber einen Aktionstag brauchen wir deshalb nicht. Ich werde diesen Antrag ablehnen.

Stadtverordneter SCHOTT:

Wir reden jetzt so lange über das Thema Blutspenden. Wann haben Sie das letzte Mal Blut gespendet, die hier alle so positiv darüber sprechen? Und wie oft haben Sie schon Blut gespendet, Blutplasma? Nein, brauchen wir jetzt nicht, keine Antwort. Aber jeder sollte sich einmal im Spiegel anschauen, die hier so schön vortragen, wie gut das möglich ist.

Wir können es gerne machen: Wer weniger als 50-mal gespendet hat, zahlt einen entsprechenden Beitrag an die DRK oder wen auch immer als Einrichtung, um diese zu unterstützen.

Jetzt muss ich ein kleiner Klugschreiber sein, um das noch einmal zu verdeutlichen: Ja, Erstspender müssen mindestens 18, maximal 60 Jahre alt sein. Wer jedoch bereits Blut gespendet hat, hat keine Altersbegrenzung mehr. Es gibt keine Altersbegrenzung für das Blutspenden. Ein weiteres Kriterium: Man muss mehr als 50 Kilo wiegen.

Bevor wir hier über den Antrag sprechen, Frau Tiedemann, und Sie darüber schockiert sind, wundert mich das ein wenig. Was haben Sie denn anderes erwartet? Ihr Antrag wird so oder so abgelehnt. Das ist kein großes Geheimnis.

Stattdessen hätte ich mir gewünscht, dass Sie mit einer der Einrichtungen vor einer Stadtverordnetenversammlung so eine Blutspende organisiert hätten – einfach mal machen statt nur reden. Das betrifft übrigens auch die eine oder andere Partei hier. Einfach machen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 7 Ja-Stimmen (BD, WfB) und 1 Enthaltung (Knorr).

TOP 1.5 Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD) StVV - AT 37/2023

TOP 1.5.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 37/2023 - Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD) - Tischvorlage StVV - Ä-AT 17/2024

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Wir diskutieren in diesem Antrag die Notwendigkeit eines Zebrastreifens sowie einer Lichtsignalanlage an der Krippe in der Eisenbahnstraße. Im Jahr 2023 gab es in ganz Deutschland etwa 30.000 Unfälle mit Kindern unter 15 Jahren. Diese Zahl ist erschreckend, denn jedes einzelne Kind, das einem Unfall zum Opfer fällt, ist zu viel. Und jeder einzelne Unfall muss, soweit möglich, auch vermieden werden.

Wenn ich jedoch aktuell in die Eisenbahnstraße einbiege, egal aus welcher Richtung – sei es von der Lange Straße oder von der Hauptstraße –, ist es so, dass die Leute erst einmal auf das Gas treten, um durchzuziehen. Das können Sie wirklich selbst beobachten, keiner hat die Krippe dort im Hinterkopf. Ja, es ist Tempo 30, aber genau deswegen wollen wir keinen weiteren Spielraum für unsichere Situationen schaffen. Wir fordern daher einen Zebrastreifen mit Lichtsignalanlage, um den Autofahrern noch einmal zu verdeutlichen, dass dieser Bereich hochsensibel ist und besondere Beachtung benötigt – insbesondere, wenn es um die Sicherheit unserer Kinder geht. Unser Antrag zielt darauf ab, die bestehenden Gefahren zu minimieren und den Schutz für Kinder zu erhöhen. Jetzt liegt ein Änderungsantrag der Grünen vor, der vorsieht, eine Überprüfung aller Kindergärten und Krippen durchzuführen, bevor entsprechende Maßnahmen wie Zebrastreifen oder Lichtsignalanlagen umgesetzt werden. Während wir grundsätzlich zustimmen, dass eine Überprüfung aller Einrichtungen wichtig ist, darf dies den bereits identifizierten Bedarf in der Eisenbahnstraße nicht blockieren.

Deshalb beantragen wir, dass der Änderungsantrag der Grünen den Punkt 2 streicht – „Der bisherige Satz entfällt“. Denn aus unserer Sicht muss der Bedarf für die Eisenbahnstraße schnellstmöglich umgesetzt werden. Es geht um die Sicherheit unserer Kinder, und das darf nicht weiter aufgeschoben werden.

Bitte stimmen Sie daher unserem Antrag zu und unterstützen Sie die zügige Umsetzung eines Zebrastreifens mit Lichtsignalanlage.

Stadtverordneter BAUMANN-DUERSTAEDT:

Die Sicherheit unserer Kinder liegt uns sehr am Herzen. Wir schlagen deshalb vor, eine fachkundige Überprüfung und Einschätzung der Gefahrenlage an der besagten Stelle durchzuführen. Es gilt zu beurteilen, welche Maßnahmen an dieser und auch an anderen Stellen geeignet sind, um die Sicherheit von Krippen- und Kita-Kindern zu gewährleisten.

Dementsprechend haben wir einen Änderungsantrag formuliert, der Ihnen vorliegt. Es geht uns hauptsächlich um den Beschlusspunkt, dass der Satz eingefügt wird: „Der Magistrat wird aufgefordert, für alle Kitas und Krippen im Stadtgebiet zu prüfen, ob deren Umfeld ein Zebrastreifen mit einer zusätzlichen gelben Signalanlage eingerichtet werden sollte.“

Wie gesagt, in allen Bereichen, überall, wo Kitas und Krippen vorhanden sind.

Wir beantragen außerdem, dass der bisherige Satz entfällt.
Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle beantragen, dass beide Anträge in den Ausschuss für öffentliche Sicherheit überwiesen werden.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Vorab möchte ich auf den Bericht der Nordsee-Zeitung vom 19. Oktober 2007 verweisen. Dort habe ich mich zum ersten Mal politisch für einen Zebrastreifen engagiert, und das mit Erfolg, an der Ecke Nordstraße/Brookstraße. Damals war ich gerade erst zehn Jahre alt und hatte mehr Erfolg als die BD-Fraktion.

Darüber hinaus möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie anscheinend nicht in die Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen geschaut haben. Diese Richtlinie ist öffentlich zugänglich und hätte Ihnen vielleicht geholfen, besser über das Thema informiert zu sein. Schaut man in diese Richtlinie, wüssten Sie, dass die maximale Fahrbahnbreite für Fußgängerüberwege bei 6,50 Metern liegt. Die Fahrbahnbreite an der Eisenbahnstraße beträgt jedoch knapp 8 Meter. Daher müssten erhebliche bauliche Veränderungen vorgenommen werden, um an dieser Stelle einen Zebrastreifen ordentlich herzustellen.

Zudem möchte ich Sie daran erinnern, dass für die Sichtachse mindestens 30 Meter Sichtweite gegeben sein müssen. Das würde bedeuten, dass Bäume gefällt werden müssten. Da bin ich optimistisch, dass die Grünen unserer Argumentation folgen werden, da wir schließlich keine Bäume fällen wollen, um einen Zebrastreifen zu bauen. Wo kämen wir denn sonst hin?

Aufgrund der Fahrbahnbreite müsste außerdem eine Einengung erfolgen. Die bestehenden Busbuchten und verschiedenen Abbiegespuren machen eine solche Einengung verkehrstechnisch äußerst ungünstig und könnten sogar den gegenteiligen Effekt erzeugen. Daher halte ich diesen Vorschlag von Ihnen in keiner Weise für durchdacht.

Abgesehen davon habe ich auch nachgeschaut, wie teuer Zebrastreifen in anderen Fällen waren, wenn bauliche Voraussetzungen gegeben waren. Zum Beispiel kostete der Fußgängerüberweg am Debstedter Weg im Jahr 2022 lediglich 37.235 €. Bei Twischlehe im Jahr 2023 waren es 50.941 €, und an der Spadener Straße, wo man bereits die Grenzen des Machbaren ausgereizt hat, betragen die Kosten 81.525 €. Bei dem vorgeschlagenen Fußgängerüberweg an der Eisenbahnstraße wären wir jedoch schnell bei einem Betrag von 250.000 € und aufwärts.

Möchten Sie tatsächlich solche Kosten für diese Situation in einer 30er-Zone in Kauf nehmen? Ich halte das für absolut unangemessen und unverhältnismäßig.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen auch für den Zwischenruf der Grünen. Es scheint, dass für Sie die Sicherheit der Kinder zu teuer ist, genauso wie die Unterbringung von Kindern an der Weichselstraße.

Daher werden wir sowohl den Antrag als auch den Änderungsantrag ablehnen. Wir kümmern uns passgenau um die Bedarfe der Menschen in dieser Stadt und lassen uns nicht von politischen Spielchen ablenken.

Stadtverordnete KIRSCHSTEIN-KLINGNER:

Jetzt hat Herr Miholic bereits eine ganze Menge gesagt, worüber ich mir ebenfalls Gedanken gemacht habe. Eins wurde am Rande erwähnt, aber ich möchte es noch einmal betonen. In dem Antrag steht, dass eine Ankündigung eines Zebrastreifens gemacht wird. Das ist richtig, aber die Entwicklung in diesem Bereich hat etwas länger gedauert. Dennoch haben wir eine 30er-Zone, und wir haben bereits gehört, dass fast 60 % unserer Straßen in Bremerhaven mit Tempo 30 ausgestattet sind. Das ist ein deutlicher Beitrag zur Sicherheit für Fußgänger, Radfahrer, Kinder und Erwachsene.

Vor Kitas und Krippen ist es ebenfalls so, dass fast vor allen diesen Einrichtungen Tempo 30 gilt. Es gibt zwar einige Ausnahmen, wie etwa an der extrem frequentierten

Schiffdorfer Chaussee vor Schulen, aber auch dort sind Ampeln und Zebrastreifen vorhanden. Dennoch ist die generelle Sicherheit auf unseren Straßen gewährleistet. Die Straßen sind nach den aktuellen Verwaltungsvorschriften so eingerichtet, wie es notwendig ist. Bremerhaven hat in dieser Hinsicht keine Fehlbedarfe. Diese 30er-Zonen sind speziell dafür gedacht, Gefahrensituationen zu reduzieren. Zudem habe ich auch in der Unfallstatistik nachgelesen, und dieser Bereich an der Eisenbahnstraße fällt in Bezug auf besondere Gefährdungen nicht auf.

Wir haben auch an anderen Stellen Überwegungen mit Ampeln, wie beispielsweise an der Stresemannstraße oder der Lange Straße, wo gefahrlos die Straße überquert werden kann. Daher sehen wir aktuell keinen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Es gibt zudem eine neue Straßenverkehrsordnung (StVO), und wir sollten abwarten, wie sich diese Vorschriften im nächsten Jahr weiterentwickeln. Momentan sind wir als Stadt jedoch gut aufgestellt und entsprechend sicher.

Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab, ebenso den Änderungsantrag, da besondere Bereiche wie Krippen, Kitas, Schulen, Altenheime und teilweise auch Sportstätten regelmäßig überprüft werden, um sicherzustellen, dass der Straßenraum den aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht.

Stadtverordneter TIMKE:

Frau Kirschstein-Klingner, das war jetzt ein richtig dickes Brett, das Sie hier gebohrt haben. Das muss ich Ihnen mal sagen. Sie schmücken sich nicht nur mit fremden Federn, sondern lassen sich auch dafür feiern, dass Sie nach acht Jahren Tätigkeit hier etwas erreicht haben. Ich möchte Sie daran erinnern – vielleicht haben Sie ein schlechtes Gedächtnis, ich hingegen habe noch ein gutes Gedächtnis. Es ist ungefähr acht Jahre her, da hat meine Fraktion im Ausschuss für öffentliche Sicherheit beantragt, dass wir in der Eisenbahnstraße eine Tempo-30-Zone einrichten wollen. Frau Kirschstein-Klingner hat damals die Gegenrede gehalten und gesagt: „Wir brauchen da keine Tempo-30-Zone“, Sie erinnern sich vielleicht, haben gesagt: „Aber vielleicht könnten wir dort einen Zebrastreifen bauen. Das werde ich mal mit meiner SPD besprechen.“ Das ist acht Jahre her, Frau Kirschstein-Klingner. So viel Mal zur Ehrlichkeit.

Nun stellen Sie sich hier hin und sagen: „Wir haben doch jetzt eine Tempo-30-Zone, was wollt ihr denn? Wir kümmern uns um die Sicherheit.“ Nein, Frau Kirschstein-Klingner, Sie haben den Antrag damals abgelehnt. Und als das zweite Gebäude mit der Kinderbetreuung dort entstanden ist, haben Sie gesagt: „Jetzt müssen wir mal über eine Tempo-30-Zone sprechen.“ Das gehört zur Wahrheit dazu. Sie haben gar nichts in dieser Stadt dafür getan. Jetzt sagen Sie: „Einen Zebrastreifen brauchen wir auch nicht mehr.“ Dabei war das Ihr eigener Vorschlag vor acht Jahren gewesen. Es geht hier doch um die Kinder, um ihre Sicherheit, um das sichere Abholen und Bringen zur Schule, damit sie eben nicht Gefahr laufen, in der Eisenbahnstraße Opfer von Unfällen zu werden. Und ich möchte auch noch etwas Grundsätzliches ansprechen. Was mich ärgert, ist, dass die Opposition hier sehr gute Anträge stellt. Und die Koalition entscheidet sich immer wieder dazu, diese Anträge abzulehnen. Bis jetzt ist kein einziger vernünftiger Vorschlag der Opposition durchgekommen. Natürlich kann man das so machen, aber ich frage mich, ob das unserer Stadtgemeinde wirklich gut tut am Ende des Tages, wenn man gute Anträge, auch wenn sie aus der Opposition kommen, konsequent ablehnt. Und ich habe heute so viele krude Argumente gehört, warum man diese Anträge ablehnt – das ist ja schon fast fantasievoll, was hier vorgebracht wird.

Ich frage Sie allen Ernstes, was Ihnen als Erstes ausgehen wird: das Geld oder die Ausreden?

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Antrag Baumann-Duderstaedt – Überweisung in den Ausschuss für öffentliche Sicherheit):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 15 Ja-Stimmen (Grüne+P, BD, WfB, LINKE, Knorr, Schott, Schuster).

Beschluss (Änderungsantrag Tiedemann):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (BD, Schott) und 5 Enthaltungen (WfB, Knorr, Schuster).

Beschluss (StVV - Ä-AT 17/2024):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Grüne+P, LINKE) und 2 Enthaltungen (Knorr, Schott).

Beschluss (StVV - AT 37/2023):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 7 Ja-Stimmen (BD, WfB) und 4 Enthaltungen (Knorr, Lichtenfeld, Schott, Schuster).

Pause von 18:24 Uhr bis 18:55 Uhr

TOP 1.6 Impuls für die Bremerhavener Innenstadt: Wochenmarkt Fair und Regional in der Innenstadt (Bündnis 90/ Die Grünen) StVV - AT 2/2024

Stadtverordnete COORDES:

Wir haben bereits auf der letzten Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Debatte zur städtebaulichen Entwicklung des Karstadt Areals intensiv darüber gesprochen, dass die Bremerhavener Innenstadt dringend neu aufgestellt werden muss. Die Corona-Krise hat tiefe Spuren hinterlassen. Zahlreiche Unternehmen haben aufgegeben und auch hier in Bremerhaven, nicht nur hier, sondern auch in anderen Städten, Leerstände hinterlassen, die zu einem erheblichen Attraktivitätsverlust der Innenstadt geführt haben. Wir brauchen dringend neue Impulse für die Bremerhavener Innenstadt. Dabei ist die Entwicklung des Karstadt Areals ein Baustein eines umfassenden Gesamtkonzepts.

Als ersten Schritt, die Innenstadt neu zu gestalten, hat der Bremerhavener Magistrat das Unternehmen Urbanista mit der Entwicklung eines Innenstadtkonzeptes unter Beteiligung der Bürger:innen beauftragt. Hier sind durchaus gute Ideen entstanden. Einige davon, das hatte ich beim letzten Mal bereits erwähnt, sind in die Entwicklung des Karstadt Areals eingeflossen – wie zum Beispiel die Begrünung und der geplante

Spielplatz, die Urbanista-Ideen, also Bürgerbeteiligungsideen. Es kann jedoch nicht nur um die Umsetzung von Einzelmaßnahmen gehen. Eine neu gestaltete Innenstadt braucht ein Profil, sie benötigt Impulse. Was meine ich damit? Ein Profil und Impulse ermöglichen es uns, gezielte Marketingmaßnahmen zu setzen und genau mit diesem Profil zu werben. Wir müssen unsere Innenstadt von anderen Städten im Umfeld unterscheiden, um Besucher:innen zu gewinnen und die Innenstadt neu zu beleben. Die Innenstadt ist ein wichtiges Aushängeschild für Bremerhaven. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass dieses Projekt gelingt, da sie als wichtiger Wirtschaftsfaktor fungiert.

Wie können wir nun zu einem Profil und zu diesen Impulsen kommen? Wir möchten die Themen Klimastadt und Fairtrade-Stadt nutzen und diese fest im Stadtbild verankern. Ein erster Schritt in Richtung dieses Profils könnte ein großer, regelmäßig stattfindender Wochenmarkt mit fair gehandelten und regionalen Produkten sein. Neben diesem Angebot stellen wir uns vor, dass dieser Markt auch Raum für Kultur, Kleinkunst, Chöre, Bands und Angebote für Kinder bietet. Als möglichen Standort könnten wir die Fläche des Karstadt Gebäudes nach dessen Abriss nutzen, falls sich eine Freifläche ergibt, oder alternativ den Heuss-Platz. Selbstverständlich wollen wir bei dieser Entwicklung die Händler:innen einbeziehen, die bereits jetzt in der Innenstadt Stände betreiben, und bestehende Angebote in der Stadt nicht gefährden. Daher ist dieser Antrag auch als Prüfauftrag formuliert.

Ich habe mir die Vorlage zum Karstadt Areal noch einmal genau angesehen und festgestellt, dass bereits im Bürgerhaus verschiedene Klimastadt-Projekte angedacht sind. Dazu gehören unter anderem die Stadtbibliothek, der Weltladen, das Klimahaus und die Integration der Wissenschaft, wie von Herrn Grantz angekündigt. Wenn man all dies zusammen denkt, passt das Thema Klimastadt nahtlos in die geplante Entwicklung. Eine Machbarkeitsstudie muss dies natürlich bestätigen, aber ich bin davon überzeugt, dass dieses Thema einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Die Innenstadt ist das Aushängeschild Bremerhavens. Wirtschaft, und die müssen wir hier haben, wenn wir eine positive Entwicklung wünschen, ist zu 80 % Psychologie. Genau so müssen wir es betrachten.

Stadtverordnete MILCH:

Frau Coordes, Sie haben mir schon einige meiner Argumente vorweggenommen, das hat mich etwas erstaunt. Sie haben richtigerweise auf unsere letzte Stadtverordnetenversammlung und die Beschlüsse zur Innenstadtentwicklung eingegangen, denn genau dort haben wir bereits Prüfaufträge und Machbarkeitsstudien beschlossen. Sie haben auch die Veranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger erwähnt, bei der nochmals darauf eingegangen wurde, wer sich an der neuen Stadtbibliothek, die unter anderem als Bürgerhaus geplant ist, beteiligen könnte. Dieses Bürgerhaus beinhaltet ja bereits die Berücksichtigung verschiedener kultureller und Veranstaltungsorte – ein Punkt, den Sie jetzt in Ihrem Antrag zusätzlich untersuchen lassen möchten.

Weiterhin haben wir in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Antrag behandelt, zu prüfen, ob wir eine Kaufmarkthalle mit ähnlichen Inhalten wie von Ihnen angesprochen, eventuell umsetzen können oder nicht. Dies soll ebenfalls untersucht werden. Daher finde ich, dass wir ein wenig doppelt arbeiten, wenn wir Ihren Prüfauftrag nun zusätzlich laufen lassen.

Zu Ihrem Vorschlag bezüglich des Wochenmarktes – ja, dieser ist aktuell sehr klein, mit zwei bis manchmal drei verbliebenen Ständen. Aber niemand hindert Händler daran, weitere Produkte anzubieten. Leider beklagen sich die Wochenmärkte in der Stadt insgesamt darüber, dass es kaum noch Anbieter gibt, die ihre Waren dort präsentieren möchten. Fairtrade-Produkte, ganz klar, würden wir in der gesamten Stadt begrüßen – nicht nur in der Innenstadt, sondern an verschiedenen Standorten. Ihr Prüfauftrag zur Betrachtung von Kulturangeboten haben wir bereits mit den Kulturinseln umgesetzt. Leider ist mir der Name der Dame, die sich darum kümmert,

entfallen, aber es werden bereits vielfältige Veranstaltungen angeboten. Daher sehe ich hier ebenfalls keinen Bedarf für eine zusätzliche Überprüfung.

Auch die Barrierefreiheit ist bei unseren aktuellen Projekten ein festgelegter Standard. Niemand käme auf die Idee, vor eine Markthalle eine unüberwindbare Stufe zu bauen, ohne Alternativen wie Rampe oder Fahrstuhl. Somit ist auch dieser Punkt bereits gut abgedeckt.

Vielen Dank für Ihren Antrag und die Argumente, die Sie teilweise genutzt haben, um meine Ablehnung zu unterstützen. Wir lehnen den Antrag ab.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Der Antrag der Grünen zielt auf die Etablierung eines großen Wochenmarktes mit regionalen und fairen Produkten in der Innenstadt ab. „Wenn möglich in der Innenstadt“ steht in dem Antrag, was also nicht heißt, zwingend in der Innenstadt. Dabei muss man berücksichtigen, dass es bereits in Geestemünde einen großen Wochenmarkt gibt, der gut von der Innenstadt aus mit Bus, Fahrrad und Auto erreichbar ist. Dieser Markt ist bereits ein stark frequentierter Anziehungspunkt. Die anderen Wochenmärkte in Lehe, Leherheide und Wulsdorf sind hingegen leider nahezu ausgestorben – es gibt kaum noch Nachfrage. Ein weiterer voll ausgestatteter Wochenmarkt würde daher ebenfalls von einer hohen Nachfrage abhängen. Zudem, wenn das Konzept regional und fair eingeschränkt ist, würde das das Angebot an möglichen Ständen weiter begrenzen und die angebotenen Produkte womöglich nochmals teurer machen, als sie ohnehin schon auf Wochenmärkten zu finden sind. Ein Wochenmarkt ist von Grund auf nicht für jeden Geldbeutel gemacht. Darüber hinaus wurde bereits die Idee einer Markthalle angesprochen, die sich ebenfalls nicht tragen würde. Der geforderte Wochenmarkt würde genau dieselbe Kundschaft ansprechen und würde daher wenig zielführend sein. Die Verkaufsstände, die bereits regelmäßig in der Innenstadt stehen, zeigen, dass nur ein begrenzter Bedarf vorhanden ist. Der Bedarf regelt sich in der Praxis selbst, wenn mehr Nachfrage besteht, werden auch mehr Stände aufgestellt. Ein umfangreicher regulärer Wochenmarkt ohne die Einschränkung auf regional und fair würde die Bevölkerung und deren Budget daher weitaus besser ansprechen. Wir bei Bündnis Deutschland sehen die Entwicklung der Innenstadt als sehr wichtig an. Der Gedanke ist grundsätzlich nicht schlecht. Dennoch halten wir das geforderte Konzept für Bremerhaven für nicht umsetzbar, da ähnliche Projekte wie die Markthalle sich bereits finanziell nicht tragen können. Ein entsprechender Wochenmarkt würde ebenfalls Schwierigkeiten haben, sich zu tragen. Daher werden wir uns in dieser Abstimmung enthalten und den Antrag nicht ablehnen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Grüne, LINKE) und 8 Enthaltungen (BD, WfB, Knorr).

Stadtverordneter KOCAAGA:

Der Klimawandel bringt extreme Wetterbedingungen mit sich, die einerseits enorme Hitze und Trockenheit, andererseits aber auch starke Niederschläge und Dauerregen zur Folge haben. Laut dem Deutschen Institut für Urbanistik sind die Themen Klimaanpassung, Klimaschutz, Mobilitätswende sowie sozialer Zusammenhalt und Gemeinwohlorientierung entscheidend für die Entwicklung unserer Innenstädte. Die Pandemie hat die Bedeutung von Grünflächen und Parkanlagen für die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner verdeutlicht. Jede Stadt ist ein hybrides Ökosystem, in dem das Gleichgewicht zwischen den von Menschen geschaffenen Elementen wie Straßen und Gebäuden und den natürlichen Elementen wie Bäumen und Tieren gewahrt werden muss.

Grünflächen in der Innenstadt bieten zahlreiche ökologische Vorteile. Sie dienen als Lebensräume für Pflanzen und Tiere, verbessern die Luftqualität, reduzieren den Lärm und helfen, das Mikroklima zu stabilisieren. Diese Grünflächen sind unverzichtbar für eine nachhaltige Stadtentwicklung und tragen zur Lebensqualität der Menschen bei. Zudem fördern sie soziale Interaktionen und bieten Raum für Entspannung und Begegnungen.

Der Theodor-Heuss-Platz sollte zukünftig ausreichend mit Bäumen und weiterer Vegetation versehen werden, um das Mikroklima zu verbessern und als grüner Rückzugsort zu dienen. Die Schaffung einer Grünfläche, die das Versickern von Regenwasser ermöglicht, trägt zur ökologischen Verbesserung bei und kann das Wasser in speziell angelegten Sickerbecken speichern, um es in einer Trockenperiode nutzen zu können. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur ökologischen Verbesserung bei, sondern könnten den Theodor-Heuss-Platz zu einem Vorbild für andere Städte machen.

Als Teil der Klimastadt Bremerhaven stellt eine solche Entwicklung einen wichtigen Baustein dar, um unsere Städte Zukunft zu gestalten. Die Versiegelung von Boden ist ein erhebliches Problem, das wir nicht ignorieren dürfen. Im Sinne des Klimawandels ist es entscheidend, Verantwortung zu übernehmen und unsere Lebensräume so zu gestalten, dass sie auch für zukünftige Generationen lebenswert bleiben.

Die Mai-Veranstaltung 2024 hat uns noch einmal gezeigt, wie wichtig es ist, den Theodor-Heuss-Platz in den Fokus zu nehmen. Aufgrund der starken Hitze musste innerhalb von zwei Stunden viermal der Notarzt gerufen werden. Dieses Ereignis darf nicht länger ignoriert werden. Daher müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Die Entsiegelung des Theodor-Heuss-Platzes ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer grünen, nachhaltigen Stadt. Sie schafft einen Raum für Ökologie, soziale und kulturelle Aktivitäten und bietet somit eine hohe Lebensqualität für alle.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Zwei Anträge nacheinander liegen vor, die den Theodor-Heuss-Platz grundsätzlich unterschiedlich nutzen möchten. Die Grünen haben in ihrem eben behandelten Antrag vorgeschlagen, die Fläche übergangsweise für einen Wochenmarkt zu nutzen. Die Linke hingegen möchte den Platz zum Klimaplatz umbauen.

Der Theodor-Heuss-Platz ist ein wichtiger Ort für das gesellschaftliche Leben unserer Stadt, und ich glaube, das wird von einigen Abgeordneten hier manchmal vergessen. Auf diesem Platz finden zahlreiche Veranstaltungen statt – das Street Food Festival, die Sommerbühne des Stadttheaters, der Stoffmarkt, das Weinfest, der Weihnachtsmarkt und viele mehr. Eine entsiegelte Fläche, insbesondere in einer parkähnlichen Gestaltung, wie sie hier von den Linken gefordert wird, würde solche Veranstaltungen unmöglich machen. Gerade bei starkem Regen würde der Untergrund nicht ausreichend Festigkeit bieten, um Stände zu tragen. Das Ergebnis wäre ein einziges Matschfest, das weder für Veranstalter noch für Besucher geeignet wäre.

Als gesellschaftlicher Ankerpunkt für Bremerhaven und als wichtiges Touristenziel ist dieser Platz in seinem jetzigen Charakter zu erhalten. Daher lehnen wir von der BD-Fraktion diesen Antrag ab.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:

Als ich Anfang der 90er-Jahre nach Bremerhaven kam, war ich überrascht, wie stolz die Stadt damals auf den neuen und teuren Straßenbelag in der Fußgängerzone war. Vorher war ich einige Jahre Umweltbeauftragter einer Einrichtung im Landschaftsverband Westfalen-Lippe gewesen, und bereits damals war die Diskussion in vielen Kommunen und öffentlichen Einrichtungen in Richtung Entsiegelung gegangen. Die Notwendigkeit, verbaute Flächen zu entsiegeln, Entpflasterungen vorzunehmen oder versickerungsfähige Verkehrsflächen anzulegen, ist seit Jahrzehnten bekannt. Und unsere Fraktion setzt sich dafür ein.

Ja, jeder Baum, der in Bremerhaven gepflanzt oder erhalten werden kann, jede Naturhecke, die angelegt oder geschützt werden kann, jedes Schatten spendende Buschwerk, das wir in der Stadt integrieren oder schützen können, ist ein Gewinn für den Klima- und Umweltschutz und für die Entwicklung und Erhaltung von Artenvielfalt im urbanen Raum – und natürlich ganz besonders für die Menschen in unserer Stadt. Dafür tritt unsere Fraktion ein.

Der vorliegende Antrag hat daher wirklich großes Zustimmungspotenzial. Die Idee hat Charme – wir mögen das. Durch die besondere Untergrundbeschaffenheit – das ist ein massiver Marschboden – ist jedoch klar, dass die Bepflanzung standortgerecht abgestimmt werden und sowohl den Bodenbedingungen als auch den Anforderungen, die der Klimawandel an uns stellt, entsprechen müsste. Das wäre nicht einfach, jedoch – das sehen wir anders – durchaus lösbar.

Eine ganz andere Frage treibt uns jedoch um. Es handelt sich beim Theodor-Heuss-Platz um den einzigen Mehrzweckplatz in der Innenstadt, auf dem unter anderem der Weihnachtsmarkt, verschiedene andere Märkte, politische Kundgebungen und Feste ihren Platz haben. Hier stellt sich für uns als Fraktion die entscheidende Frage, ob wir auf dieses Areal verzichten wollen und können, ohne eine Alternative für eine Freifläche im Innenstadtbereich zu haben. Da wäre an einer Lösung zu arbeiten. Da müssten wir gemeinsam prüfen, wo solche Freiflächen möglich sind. Wir sind auf jeden Fall gesprächsbereit und arbeiten gerne daran.

Im Moment wird sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen+P bei diesem Antrag enthalten.

Stadtverordneter RASCHEN:

Bei diesem Antrag muss man sich wirklich fragen, ob man hier richtig ist oder ob es nicht besser gewesen wäre, heute in Bremen im Hafenausschuss und der Deputation für Wirtschaft teilzunehmen. Dort wurden wirklich wichtige Themen für Bremerhaven besprochen, wie zum Beispiel der Umbau der Kaje, um die Konverter-Stationen in Bremerhaven zu errichten.

Wir unterhalten uns hier jedoch in der Stadtverordnetenversammlung über einen wichtigen Innenstadtplatz, den Theodor-Heuss-Platz, und dessen Entsiegelung sowie die Diskussion über seine künftige Nutzung. Manchmal muss man auch Prioritäten setzen. Der Weihnachtsmarkt ist bereits mehrfach angesprochen worden. Der Weihnachtsmarkt und das Weihnachtsgeschäft sind für die Einzelhändler in der Innenstadt eines der wichtigsten Geschäfte im gesamten Jahr.

Im Jahr 2018 hat die Stadtgemeinde viel Geld investiert, um die Beleuchtung des Weihnachtsmarktes neu zu gestalten und den gesamten Weihnachtsmarkt neu aufzubauen. Seitdem ist dieser, der früher schlecht im Ruf stand, zu einem Highlight geworden. Die Menschen gehen gerne hin, er ist gut besucht, und das wollen wir nicht zurückbauen. Der Weihnachtsmarkt gehört zu jeder Innenstadt – und nicht nur ein Park. Und davon brauchen wir definitiv mehr.

Um auch gleich den Vorwurf zu entkräften, dass wir nichts unternehmen, möchte ich anmerken, dass aktuell an der großen Kirche in der Oberen Bürger bereits eine größere Grünfläche errichtet wird. Das stört niemanden. Aber den Theodor-Heuss-

Platz als Fläche, die dringend für Veranstaltungen und die Belebung der Innenstadt benötigt wird, aufzugeben und zu entsiegeln, halte ich für einen großen Fehler. Ich war vor der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig vor Ort und habe in der Unteren und Oberen Bürger einen Spaziergang gemacht. Dort gibt es nach wie vor viele Leerstände, die wir dringend angehen müssen. Es gilt, Leben in die Innenstadt zu bringen – nicht nur einen Park zu schaffen. Die Innenstadt soll belebt sein, aber mit Sicherheit nicht mit einem Park vor dem Stadttheater. Die Händler, die auf dem Weihnachtsmarkt Geschäfte machen wollen, und die Einzelhändler in der Innenstadt selbst wollen Geschäfte tätigen – und das kann in der jetzigen Form nur in der Innenstadt geschehen.

Daher werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Ich möchte mich bei meinem Vorredner, Herrn Raschen, herzlich bedanken. Er hat viele wichtige Punkte angesprochen. Besonders möchte ich die Bedeutung des Weihnachtsmarkts an dieser Stelle hervorheben. Es wäre sehr bedenklich, wenn wir zulasten des Weihnachtsmarktes solche Umgestaltungen vornehmen würden. Zusätzlich möchte ich noch auf das alte Finanzamtsgrundstück eingehen, wo wir ebenfalls einen Tiny-Park planen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab, da wir an anderen Stellen bereits Begrünungsprojekte vorantreiben. Wir benötigen diesen Platz weiterhin für die zahlreichen Veranstaltungen, die von meinen Vorrednern bereits genannt wurden.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Herr Raschen, vielen Dank, dass Sie das so klar und prägnant dargestellt haben. Ich teile Ihre Einschätzung. Wenn man den Antrag liest und hört, lohnt es sich tatsächlich, darüber nachzudenken, Herr Kocaaga, was Sie hier vorschlagen. Andererseits, Herr Raschen, muss ich Ihnen auch sagen, wenn Sie ständig Zeit haben, spazieren zu gehen und dabei den Leerstand in der Innenstadt bemerken, dann kann ich nicht nachvollziehen, warum Sie nicht zum Hafenausschuss nach Bremen gekommen sind. Dort wurden wichtige Themen wie der Umbau der Kaje besprochen, um Konverter-Stationen in Bremerhaven zu errichten. Ich war dort, ebenso wie der Herr Lichtenfeld als Einzelabgeordneter und meine Wenigkeit. Sie waren nicht da, ebenso wie Herr Kocaaga, der sich ebenfalls durch Abwesenheit ausgezeichnet hat.

Bremerhaven von oben betrachtet, wie Sie es erwähnt haben, zeigt uns tatsächlich, wie viel Grün wir insgesamt in der Stadt haben. Es gibt viele grüne Oasen, die bereits bestehen – Orte zum Spaziergehen, Verweilen oder einen Kaffee zu genießen. Doch die Innenstadt als solche darf nicht zu einer weiteren grünen Fläche umgestaltet werden. Frau Tiedemann hat das bereits gut formuliert: Die Veranstaltungen auf dem Theodor-Heuss-Platz sind vielfältig und wichtig für die Innenstadt.

Wir tragen auch eine Verantwortung für den Einzelhandel und die Schausteller, die dort tätig sind. Zum Beispiel der Freimarkt, der durch den Bau des Obi-Baumarkts kürzer wurde oder andere Events, die aufgrund von Einschränkungen reduziert wurden. Dies wäre bei einer Entsiegelung des Platzes auf dem Theodor-Heuss-Platz nicht mehr möglich.

Wir möchten weiterhin eine lebendige Innenstadt haben, und dafür ist es essenziell, dass wir solche Veranstaltungen erhalten können. Ohne diese Plätze wird das Leben in der Innenstadt stark eingeschränkt. Daher ist dieser Antrag für uns schlicht und ergreifend nicht tragbar und wird abgelehnt.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ich bin der Meinung, natürlich ist, dass dieser Antrag ist auch wichtig, aber welche ist wichtiger? Das kann jeder selber entscheiden. Ich vertrete hier auch meine Partei.

Nicht wegen diesem Antrag bin ich hier, sondern ich vertrete auch meine Partei. Und in Bremen habe ich bereits meine Vertretung bereitgestellt. Deswegen bin ich auch froh.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 2 Ja-Stimmen (Linke, Knorr) und 4 Enthaltungen (Grüne+P).

**TOP
1.8**

Maßnahmen gegen den Klimawandel: Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven (Bündnis 90/Die Grünen)

StVV - AT 5/2024

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Wir beantragen hier, dass die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auffordert, schnellstmöglich ein Treibhausgas-Emissionskataster für die Stadt Bremerhaven aufzubauen und laufend zu pflegen.

Dazu soll zunächst ein Ausschreibungstext erstellt werden und verschiedene Angebote für die Erstellung des Katasters eingeholt werden. Darüber hinaus soll der Aufbau und die Pflege des Katasters im Rahmen der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2025 berücksichtigt und die Haushaltsstelle für die folgenden Haushaltsjahre inflationsangepasst fortgeschrieben werden.

Warum? Die Stadt Bremerhaven ist durch gesetzliche Vorgaben und Selbstverpflichtungen verpflichtet, wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Die Zeit, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur möglichst zu minimieren, wird immer knapper. Gleichzeitig steigen die drohenden Konsequenzen, wenn unzureichende Klimaanpassungsmaßnahmen getroffen werden.

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat in ihrem Klimabericht aus diesem Jahr eindrücklich vor schwerwiegenden Folgen des Klimawandels gewarnt. In den EU-Ländern müssen wir mit nie da gewesenen Katastrophen und Konsequenzen rechnen. Alle EU-Staaten sind aufgerufen, ihre CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren, um einen massiven Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts zu verhindern. In pessimistischen Szenarien wird für West- und Mitteleuropa immer noch eine Erwärmung von 3 bis 5 °C, im Durchschnitt bis zu 8 °C, befürchtet.

Um solche Entwicklungen zu verhindern, ist schnelles und umfassendes Handeln notwendig, so die EEA. Diese Forderung richtet sich dabei nicht nur an die einzelnen Staaten, sondern auch an Städte und Kommunen wie Bremerhaven.

Mit dem Aufbau eines Katasters allein haben wir noch keine direkten Maßnahmen gegen den CO₂-Ausstoß oder den gesamten Treibhausgasausstoß in der Hand.

Doch wir stellen uns vor, dass dieses Instrument zunächst zur Planung dient, um zu identifizieren, wer in Bremerhaven überhaupt Emittent von Treibhausgasen ist. Diese Erfassung kann dann als Maßstab für die Wirksamkeit städtischer Maßnahmen gegen den Klimawandel dienen.

Für uns ist der Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven, das den Treibhausgasausstoß der 30 größten Emittenten in der Stadt differenziert erfasst und laufend evaluiert, eine entscheidende Grundlage für den Klimaschutz.

Stadtverordneter ÖNAL:

Die Grüne-Fraktion fordert den Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven. Wir lehnen diesen Antrag aus mehreren Gründen ab, die ich im Folgenden darstellen möchte.

Erstens: Gemäß § 5 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes erstellt das Statistische Landesamt Bremen bereits jährlich Energie- und CO₂-Bilanzen für das Land Bremen sowie die Städte Bremen und Bremerhaven. Diese Berichterstattung umfasst Quellenbilanzen, Verursacherbilanzen und vieles mehr. Diese detaillierten Analysen ermöglichen eine differenzierte Betrachtung der Emissionen und geben Auskunft darüber, wie viel CO₂ in welchem Bereich emittiert wird. Ein zusätzlicher Aufbau eines städtischen Emissionskatasters wäre daher redundant.

Zweitens: gesetzlich geregelte Berichtspflichten. Nach § 5 Abs. 4 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes ist der Senat verpflichtet, jährlich innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung der vorläufigen Energie- und CO₂-Bilanzen durch das Statistische Landesamt über die Entwicklung der CO₂-Emissionen zu berichten. Dies stellt sicher, dass bereits ein klarer Überblick über die CO₂-Entwicklung im gesamten Land, einschließlich Bremerhaven, vorhanden ist. Ein städtisches Kataster würde daher keine neuen Erkenntnisse bringen, sondern lediglich eine Doppelung der Datenerhebung und Darstellung verursachen.

Drittens: Die Schaffung eines eigenen städtischen Emissionskatasters würde erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen in Anspruch nehmen, ohne einen Mehrwert zu bieten. Parallelstrukturen sind ineffizient und sollten in Anbetracht der begrenzten Mittel unserer Stadt vermieden werden.

Herr Kaminiarz, nehmen Sie das bitte nicht als Kritik, aber ich würde Ihnen empfehlen, den Abschlussbericht der Enquete-Kommission noch einmal zu lesen, da die angesprochenen Punkte dort bereits behandelt wurden. Es läuft bereits einiges in diese Richtung.

Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema Maßnahmen gegen den Klimawandel und den Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven. Es gibt verschiedene Aspekte, die gegen die Einführung eines solchen Katasters sprechen könnten. Zunächst einmal sind die Kosten und Ressourcen, die für den Aufbau und die Pflege eines solchen Katasters erforderlich sind, als erheblich anzusehen. In Zeiten begrenzter Haushaltsmittel wäre es sinnvoller, diese Ressourcen in bereits bestehende Projekte oder in dringlichere soziale Bedürfnisse zu investieren. Ein weiterer Punkt ist die mögliche Bürokratie und Komplexität, die mit der Implementierung eines Emissionskatasters einhergehen kann. Dies könnte zu einer erhöhten Bürokratie führen, die möglicherweise ineffizient ist und den Fokus auf administrative Aufgaben lenkt, anstatt klare Fortschritte im Klimaschutz zu erzielen. Zudem lässt sich argumentieren, dass ein Emissionskataster allein nicht ausreicht, um signifikante Veränderungen herbeizuführen. Ohne begleitende Maßnahmen zur tatsächlichen Reduzierung von Emissionen würde das Kataster lediglich als Symbolpolitik wahrgenommen werden.

Darüber hinaus wären alternative Ansätze effektiver. Statt eines Katasters sollten direkte Investitionen in erneuerbare Energien oder die Förderung nachhaltiger Verkehrskonzepte schnellere und greifbare Ergebnisse liefern. Diese Ansätze haben bereits bewiesen, dass sie positive Auswirkungen auf den Klimaschutz haben können.

Auch der Widerstand der Bevölkerung sollte nicht unterschätzt werden. Bürgerinnen und Bürger werden vermutlich gegen eine solche Maßnahme sein, insbesondere wenn sie als zusätzliche Belastung oder Einschränkung ihrer Freiheiten wahrgenommen werden. Eine breite Akzeptanz ist jedoch entscheidend für den Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen.

Technologische Unsicherheiten stellen ebenfalls ein Risiko dar. Die Technologien zur Erfassung und Analyse von Emissionen sind oft teuer und komplex, was dazu führen kann, dass die gesammelten Daten ungenau oder schwer interpretierbar sind und somit zu falschen Schlussfolgerungen führen könnten.

Schließlich könnte auch der Fokus auf individuelle Verantwortung als wichtiger erachtet werden, da dies eine breitere Beteiligung der Gemeinschaft fördern würde. Dies könnte letztlich zu einer größeren Akzeptanz und einer effizienteren Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen führen.

Insgesamt gibt es also mehrere Argumente gegen den Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters in Bremerhaven, die im Kontext der spezifischen Gegebenheiten der Stadt sorgfältig abgewogen werden sollten.

Aus den genannten Gründen werde ich diesen Antrag der Grünen ablehnen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Zunächst einmal müssen wir eine wichtige Unterscheidung klarstellen. Ein Treibhausgas-Emissionskataster ist nicht gleichzusetzen mit einer CO₂-Bilanz. Während die CO₂-Bilanz auf der Landesebene für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung gestellt wird und sich auf die Reduzierung von Kohlendioxid konzentriert, umfasst ein Treibhausgas-Emissionskataster auch andere Treibhausgase wie Methan, Lachgas und Stickstoffmonoxid sowie weitere Gase.

Die Festlegung von Klimazielen ohne eine genaue Kenntnis der aktuellen Treibhausgas-Emissionen und ohne den Fortschritt bei deren Reduzierung ist wie ein Blindflug. Wir können nicht erwarten, unsere Klimaziele zu erreichen, wenn wir nicht wissen, wo wir aktuell stehen und welche Maßnahmen erforderlich sind, um diese Ziele zu verwirklichen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Bremerhaven eine detaillierte Analyse der Treibhausgas-Emissionen sowie eine umfassende CO₂-Bilanz erstellt und diese regelmäßig aktualisiert, um den Fortschritt bei der Reduzierung der Emissionen zu überwachen. Nur auf dieser Grundlage können realistische und effektive Maßnahmen entwickelt werden, um die Klimaziele für das Jahr 2038 zu erreichen.

Darüber hinaus müssen die Klimaziele für das Jahr 2038 in Bremerhaven auf einer soliden Basis beruhen und regelmäßig überprüft sowie angepasst werden. Nur so können wir sicherstellen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Um diese Ziele zu erreichen, muss jeder von uns einen Beitrag leisten. Wir müssen unsere Energieeffizienz verbessern, erneuerbare Energien fördern und unsere Mobilität nachhaltiger gestalten.

Unser Ziel muss es sein, die CO₂-Bilanz konsequent zu reduzieren und alternative Lösungen zu finden, um unsere Umwelt zu schützen. Denn ohne ein Treibhausgas-Emissionskataster und eine umfassende CO₂-Bilanz ist es nicht möglich, das Klimaziel 2038 in Bremerhaven zu erreichen.

Ich fordere daher den Magistrat auf, eine detaillierte Analyse der Treibhausgas-Emissionen sowie eine spezielle CO₂-Bilanz zu erstellen und die Klimaziele für das Jahr 2038 kritisch zu überdenken.

Natürlich wird die CO₂-Bilanz auf Landesebene für Bremen und Bremerhaven dargestellt. Die neue CO₂-Bilanz für das Jahr 2022 ist mittlerweile veröffentlicht worden. Doch auch diese behandelt nicht alle Treibhausgase, sondern nur die CO₂-Bilanz. Und auch das, was von vielen möglicherweise nicht ausreichend berücksichtigt wird, ist, dass die CO₂-Bilanz in zwei verschiedene Kategorien aufgeteilt wird – einmal die verbrauchsbezogene Gesamtenergie und dann die fossile energiebezogene CO₂-Bilanz. Beide Bereiche spielen eine wichtige Rolle.

Ein Treibhausgas-Emissionskataster hingegen ist umfassender und berücksichtigt zusätzliche Gase wie Methan, Lachgas und andere, die ebenfalls von großer Bedeutung sind – insbesondere auch im Verkehrswesen.

Stadtverordneter STARK:

Den Aufbau eines Emissionskatasters für Bremerhaven sehen wir kritisch. Es stellt sich die Frage nach dem Nutzen im Verhältnis zu den damit verbundenen Kosten. Diese finanziellen Mittel könnten für wichtigere Projekte genutzt werden. Während die Stadt Bremen für einen CO₂-Ausstoß von über 80 %, genauer gesagt 83 %, verantwortlich ist, liegt die Seestadt Bremerhaven lediglich bei 13,4 %. Das ist eine gute Bilanz für die Seestadt. Andere Städte sollten uns in dieser Hinsicht erst einmal nachahmen. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Punkt ab.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Önal, vielen Dank, dass Sie sich inhaltlich mit dem Antrag auseinandergesetzt haben. Vielleicht einen sachlichen Fehler, nicht das Landesamt für Statistik in Bremen, sondern die Senatorin für Umwelt monitort den Landes-CO₂-Ausstoß. Es wird dann über das Landesstatistikamt bekannt gegeben. Wie der Kollege Kocaaga gerade schon gesagt hat, also soweit der gesamte CO₂-Ausstoß durch die Senatorin monitort wird, ist das eben nicht ausreichend. Zum einen wird eben nur CO₂ monitort. Das hat Kollege Kocaaga eben auch schon angeführt, deutlich stärkere Treibhausgase wie Methan, Lachgas und flüchtige Treibhausgase. Und zum anderen ist es immer nur eine stadtweite Betrachtung. Sie fragten nach einem Mehrwert, Herr Önal. Wissen Sie denn eigentlich, wer der größte Emittent von Treibhausgasen in der Stadt Bremerhaven ist? Also wie will diese Koalition den Treibhausgasausstoß in der Stadt herunterbringen, wenn sie nicht mal weiß, welchen Betrieb sie ansprechen muss? Verstehen Sie, da liegt das Problem. Es geht nicht darum, stadtweit zu wissen, wie viel wir ausstoßen, sondern wer in der Stadt wie viel ausstößt. Übrigens kleiner Spoiler, es gibt einen sehr großen Emittenten und viele, die dann weit dahinterkommen. Durch das Monitoring entsteht nebenbei auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Nutzung dieser Gase, die zum größten Teil auf Methan beruhen und zur Energieversorgung beitragen können. Wie bereits im Fischereihafen angedeutet, wo versucht wird, überschüssige Wärmequellen anderswo zu nutzen, können wir das natürlich im größeren Maßstab für die ganze Stadt umsetzen.

Bremerhavener Firmen könnten diese abgezweigten Methane zur Nutzung ihrer Wärmebedarfe sowie zur Senkung der Energiekosten verwenden. Derzeit gehen diese Gase noch weitgehend ungefiltert in die Umwelt. Das Ganze wäre daher auch wirtschaftlich darstellbar.

Da die Bepreisung von CO₂ als größter Treiber von Treibhausgasemissionen absehbar immer weiter ansteigen wird, wäre eine Synthese aus Ökologie und Ökonomie durchaus denkbar – wirtschaftlich und zum Nutzen aller.

Deswegen nochmals der Appell: Gehen Sie mit uns den ersten Schritt. Finden Sie heraus, wer der größte Emittent ist. Erst dann können wir richtige Maßnahmen einleiten. Andernfalls ist das, glaube ich, ein wenig unglaubwürdig, der Koalition zu sagen, wir tun ja schon so viel, aber wir wollen bloß nicht wissen, wer der größte Treibhausgas-Emittent ist.

Stadtverordneter ÖNAL:

Herr Kaminiarz, ich gebe Ihnen recht. Wir brauchen natürlich Grundlagen, um die CO₂-Emissionen oder auch die Treibhausgase zu monitoren und zu kontrollieren. Natürlich nehme ich mit, dass wir das alles nicht brauchen. Das ist alles Unfug. Wir brauchen das. Aber das gibt es ja schon. Es gibt eine Landesstrategie und es ist einfach nur redundant, wenn wir jetzt städtisch noch einmal etwas aufbauen möchten. Ich weiß wirklich nicht, was ich dazu sagen soll. Es gibt diese Daten bereits. Herr Kocaaga, Sie haben einen naturwissenschaftlichen Hintergrund. Ich habe das auch. Ich weiß ganz genau, dass 76 % der Treibhausgasemissionen CO₂ sind. Und dann kommt Methan. Sie haben recht. Aber dass Sie jetzt sagen, dass das Land Bremen oder dass Bremerhaven diese Daten nicht hat, ist nicht korrekt. Wir verfügen über

detaillierte Informationen als Land Bremen, und Bremerhaven gehört dazu. Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft berichtet regelmäßig zur Entwicklung der Emissionen im Land Bremen. Mehr kann man, glaube ich, da auch nicht tun

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Önal, können Sie mir denn aus dem Landesmonitoring sagen, wer der größte Emittent ist in der Stadt Bremerhaven?

Stadtverordneter ÖNAL:

Ich kann Ihnen das nicht zu hundertprozentig sagen, aber ich weiß ganz genau, dass Nordceram da ganz weit vorne ist.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:

Das ist richtig, aber trotzdem falsch. Also falsche Antwort.

Stadtverordneter ÖNAL:

Danke, aber ich würde Ihnen trotzdem empfehlen, die Enquete-Kommission zu lesen, weil da ist alles detailliert. Und da haben ihre Kollegen auch mitgearbeitet. Und ich würde Ihnen vielleicht empfehlen, Ihre Kollegen in Bremen mal zu motivieren, dass sie dann mal in die Puschen kommen und dass wir dann auch ein Monitoring dann haben am Ende, Landesstrategie.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Und auch in Bremen haben wir diese Herausforderungen. Wir haben im Land Bremen ein großes Handicap. Ich möchte Ihnen sagen, was das Handicap ist. Der größte Emittent in Bremen und Bremerhaven ist die Abfallindustrie. Gleichzeitig versuchen wir, diese Abwärme von Abfall, auch Fernwärme, zu nutzen. Das ist das Handicap, denn wir sind stark von fossiler Energie abhängig.

Auf der anderen Seite benötigen wir jedoch die Abwärme, um klimafreundliche Lösungen zu finden. Hier müssen wir uns so schnell wie möglich von diesem Handicap lösen. Wir müssen die Wärmewende anders gestalten, sodass sie nicht mehr auf Abfallverbrennung, Gas- und Abfallverbrennung angewiesen ist. Das ist das größte Problem in Bremen und Bremerhaven.

Und gleichzeitig in Bremerhaven haben wir auch, wie eben bereits erwähnt, den größten Emittenten, die Keramikhersteller mit CO₂-Emissionen und an zweiter Stelle die BEG Verbrennungsanlage. Dennoch ist es entscheidend, dass wir klare Ziele formulieren, wenn wir die Klimaziele für 2030 erreichen möchten. Dieses Thema müssen wir dringend bearbeiten. Deshalb haben wir auch den Energiekonsens in Bremerhaven zusammen mit der Hochschule organisiert, um über Alternativenenergien für Fernwärme zu sprechen. Vielleicht sollten wir uns verstärkt darauf konzentrieren, wie wir Geothermie oder andere gemeinschaftliche Luftwärmequellen schnell verfügbar machen können, um so von fossilen Energien abzurücken.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Vorab bedanke ich mich beim Kollegen Önal für die ausführliche Stellungnahme. Ich möchte auf das Gesagte vom Kollegen Kaminiarz eingehen.

Vorab: Es ist tatsächlich nicht der Senat, der das Emissionskataster erstellt, sondern es ist das Statistische Landesamt. In den Gesetzen steht ebenfalls klar, dass es eine Landesaufgabe ist. Sie haben meinem Kollegen Önal den Vorwurf gemacht, dass er hier mit dem Land Bremen argumentiert. Ihnen mache ich den Vorwurf, dass Sie mit diesem Antrag genau in das Landesrecht eingreifen und es gar nicht kommunale Aufgabe ist, worüber wir hier sprechen.

Aber gerne wünsche ich mir, dass unter Wahrung des sogenannten Konnexitätsprinzips das Land Bremen uns dazu verpflichtet, das zu tun und uns auskömmlich dafür finanziert. Dann können wir noch einmal darüber sprechen. Aber bis dahin hat dieser Antrag hier in Bremerhaven unter diesen Umständen nichts zu suchen.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Miholic, ich glaube, Sie haben das System noch nicht verstanden. Das ist zwar eine Landesaufgabe, CO₂ zu monitoren, aber wir verlangen hier was anderes. Ich weiß nicht, ob Sie das verstanden haben. Das Land monitort nicht alle Treibhausgase, sondern lediglich CO₂. Es ist auch nicht verboten, auf kommunaler Ebene etwas genauer hinzugucken als das, was das Land sich selber vorgeschrieben hat. Rein rechtlich ist das überhaupt kein Problem. Ich hatte ja schon gesagt, dass es deutlichen Mehrwert zum einen für Ihre koalitionären Maßnahmen gegen den Klimawandel bringt. Sie wissen nämlich, wo Sie angreifen müssen. Und zum anderen können wir das abgeschiedene CO₂ oder auch die anderen Treibhausgase benutzen, um hier die Energiewende voranzubringen. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Es ist schade, dass ich nicht zu Ihnen durchdringe, dass Sie sich hinter dem Land verstecken. Aber wenn das so die Haltung der Koalition ist, nehme ich das zur Kenntnis.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Grüne, LINKE) und Enthaltung (Knorr).

**TOP
1.9**

**Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle (Bündnis
90/DIE GRÜNEN)**

StVV - AT 6/2024

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Ich möchte zunächst zwei Vertreter des Betriebsrats der Stadthalle begrüßen. Vielen Dank, dass Sie so lange durchgehalten haben. Das ist tatsächlich bemerkenswert. Wir haben hier einen Antrag eingebracht, der lautet: Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle.

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung, sich grundsätzlich für den Neubau einer Stadthalle auszusprechen. Die Stadtverordnetenversammlung soll zudem den Magistrat auffordern, von der Stadthallen GmbH ein konkretes Konzept für den Bau und Betrieb einer neuen Stadthalle erarbeiten zu lassen und dies der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Dieses Konzept muss den Anforderungen an sportliche Großveranstaltungen, insbesondere der Eisbären Bremerhaven in den Basketball-Profiligen, sowie den Tanzveranstaltungen der TSG Bremerhaven gerecht werden. Das schließt auch internationale Turniere und Platzkapazitäten von mindestens 3.000 bis 4.500 Plätzen für zukünftige Anforderungen mit ein.

Bremerhaven ist Oberzentrum für die Region im Elbe-Weser-Dreieck, einschließlich der nördlichen Wesermarsch rund um Nordenham und Butjadingen. Die Stadthalle Bremerhaven ist seit 50 Jahren das städtische Veranstaltungszentrum mit bis zu 5.500 Plätzen. Wenn in der Region ein großes Event stattfindet, dann entweder hier oder gar nicht. Die Stadthalle ist ein Aushängeschild der Stadt mit deutlichen

wirtschaftlichen Auswirkungen, insbesondere in den Bereichen Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel.

Die Stadthalle ist zudem Spielstätte der Eisbären Bremerhaven, aktuell in der 2. Basketball-Bundesliga, sowie Veranstaltungsort für die Tänzerinnen und Tänzer der TSG und die Rollkünstläufer des ERC, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Stadthalle hat in ihrer jetzigen Form das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht. Die Betriebsgenehmigung erlischt voraussichtlich zum 30. Juni nächsten Jahres.

Die Koalition hat sich lange Zeit für eine Entscheidung zur Zukunft der Stadthalle herumgedrückt. Das kann ich zum Teil nachvollziehen, denn wir sprechen hier über ein Thema, das erhebliche finanzielle Mittel erfordert. Bremerhaven ist jedoch keine reiche Kommune. Dennoch hat die Koalition am Ende entschieden, die Stadthalle im laufenden Betrieb zu sanieren. Diese Sanierung wird jedoch zu massiven betrieblichen Einschränkungen führen und sowohl zeitlich als auch finanziell deutlich länger und teurer ausfallen. Bereits vor Beginn der eigentlichen Arbeiten wurden Asbest und künstliche Mineralfasern gefunden, die ebenfalls zu einer weiteren Verteuerung und Verlängerung der Sanierung beitragen.

Die von der Koalition genannten Kosten von etwa 40 Millionen Euro sind, meiner Ansicht nach, lediglich eine Wunschzahl ohne sachliche Grundlage, da eine realistische Schätzung erst nach Abschluss der Sanierungsplanung im Frühjahr nächsten Jahres vorliegen wird. Die Planungsphase selbst verursacht erhebliche Kosten, die bereits jetzt einige Mitglieder hier im Raum ins Schwitzen bringen.

Nach der koalitionsären Sanierung wird die Zuschauerkapazität auf rund 2.000 Plätze sinken. Dies ist deutlich zu wenig für die Eisbären, die mindestens 3.000 Plätze benötigen und ab 2032 sogar 4.500 Plätze anstreben. Es besteht die realistische Gefahr, dass die Basketballmannschaft abwandern oder den Betrieb einstellen muss. Ebenso werden die Tanzsportler der TSG, die sich für die Deutsche Meisterschaft bewerben wollten, sich aufgrund der Platzverhältnisse nicht mehr qualifizieren können. Diese Entwicklung wäre eine Katastrophe für die Stadt.

Stadtverordneter HOFFMANN:

Ich habe dies, was ich Ihnen jetzt vortrage, bestimmt schon seit anderthalb Jahren oder eineinviertel Jahr in der Tasche, weil wir uns schon so lange mit diesem Thema beschäftigen. Wenn Sie heute mal über Ihre Netzverbindung freundlich in buten un binnen reinschauen, gibt es wieder eine Fülle von Hinweisen von anscheinend ganz wichtigen Konzertveranstaltern, die ich persönlich nicht kenne, aber es ist auch nicht wichtig. Diese Dokumentationen zeigen, dass sie in Zukunft nicht mehr die Stadthalle Bremerhaven bedienen werden.

Eines können Sie mir glauben: Da, wo diese Veranstalter Geld machen können, da kommen sie, das ist nicht das Problem. Dennoch finde ich das alles etwas eigenartig, weil wir im Finanz- und Wirtschaftsausschuss eigentlich eine klare Beschlusslage getroffen haben. Auch bei dieser Sitzung war Claudius mit anwesend. Ich hätte mir gewünscht, dass wir inhaltlich stärker auf diesen heutigen Antrag eingehen könnten. Das war leider nicht der Fall. Daher werde ich Ihnen jetzt das präsentieren, was ich über die letzten Monate ausgearbeitet und ergänzt habe. Den Spaß gönnen Sie mir hoffentlich, schließlich habe ich mir die Arbeit gemacht, und wie gesagt, seit über einem Jahr trage ich das Thema mit mir.

Nicht nur durch die mediale Begleitung in den letzten Monaten, sondern vor allem durch die baulichen Notwendigkeiten haben die Koalitionspartner von SPD, CDU und FDP beschlossen, die erforderliche Instandsetzung der Stadthalle mit klaren Vorgaben auf den Weg zu bringen. Der Veranstaltungsmarkt hat sich stark verändert – sehr große Hallen oder Fußballstadien dienen zunehmend als Veranstaltungsräume für internationale Künstler. Kleinere Hallen müssen neue Märkte erschließen, um damit auch Rückschlüsse auf geeignete und finanzierbare Strukturen eines Neubaus ziehen zu können, so auch die Stadthalle Bremerhaven.

Bevor wir wild über einen Neubau diskutieren, muss klar sein, was dort gespielt werden soll. Ein reiner Verweis darauf, dass ein Neubau besser sei als eine

Sanierung, ist keine tragfähige Begründung. Es muss auch die Frage geklärt werden, ob die Stadthalle mit weniger als fast 5.000 Plätzen für Bremerhaven sinnvoller aufgestellt ist. Die Veranstaltungshäufigkeit wäre kürzer, die Eintrittspreise für die Besucher finanziell erschwinglicher und die Hallennutzungen sinnvoller ausgelastet. Die Stadthalle ist stark sanierungsbedürftig, und wir müssen jetzt handeln. Kurzfristig wurde über den Jahreswechsel die notwendige Brandmeldeanlage ertüchtigt, wodurch die Betriebserlaubnis durch das Bauordnungsamt, begleitet durch die Berufsfeuerwehr, verlängert wurde. Im Jahr 2019 beauftragte die Stadthalle eine Machbarkeitsstudie, die drei Szenarien beleuchtete: Umbau, Sanierung und Neubau. Durch eine Plausibilitätsprüfung der Kosten für einen Neubau konnte das Bauordnungsamt der Seestadt Bremerhaven im November 2023 Kosten von 75.000.000 Euro für den Neubau ermitteln. Fachleute gehen davon aus, dass bis zu einem eventuellen Baubeginn eines Neubaus die 100.000.000 Euro-Grenze erreicht wird.

Bei einer Grundsatzentscheidung für eine Sicherheitssanierung, wie vom Bauordnungsamt, begleitet durch die Feuerwehr gefordert, wurden circa 20.000.000 Euro durch den Gutachter Drees & Sommer ermittelt. Die kurzfristig entstehenden enormen Kosten für einen Neubau haben die Koalition zu der sinnvollen Beschlussfassung veranlasst, eine Sanierungslösung zu beschließen, damit der Betrieb über den 31. Juni hinaus ermöglicht werden kann. Dann kann später, unter Berücksichtigung der real erwarteten Besucherzahlen und Marktentwicklung, über einen angepassten Neubau neu entschieden werden.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat sich bereits am 07. Mai 2024 durch den Beschluss im Finanz- und Wirtschaftsausschuss mehrheitlich für die Sanierung entschieden. Man will eine Stadthalle und steht dazu. Diese muss aber gegenwärtig finanzierbar sein, und daher ist die derzeitige Sanierung der Beginn. Weitere Schritte werden folgen. Bremerhaven soll weiterhin ein Veranstaltungszentrum haben. Herr Kaminiarz, zum Schluss möchte ich eine Frage stellen: Welcher Ansicht ist eigentlich Ihr Bremer Finanzsenator zu Ihrem Antrag? Und wie stellen Sie sich vor, der städtischen Wohnungsgesellschaft, wahrscheinlich eher der STÄGRUND, rund 100 Millionen Euro für einen Neubau zu besorgen? Wir lehnen den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen+P ab.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Wir sprechen hier erneut über die Zukunft der Stadthalle. Die Koalition besteht auf die Sanierung, während die Grünen eine neue Stadthalle fordern. Wir von Bündnis Deutschland können beiden Ansätzen etwas abgewinnen, aber der wirtschaftliche Aspekt spielt bei einer solchen Entscheidung eine tragende Rolle, und hier fehlt es an wesentlichen Informationen, meine Damen und Herren.

Wie teuer wird eine Sanierung und wie lange hält sie vor? Es wurden bereits verschiedene Zahlen genannt, aber wie lange reicht der Einsatz an Geld wirklich? Herr Kaminiarz hat eben erneut 40.000.000 Euro erwähnt – reicht das für zehn Jahre, für 15 Jahre oder welchen Zeitraum meinen wir hier? Wir müssen den Preis, den wir am Ende zahlen, auch in Relation zum Nutzen setzen. Wie teuer wird ein Neubau und wie lange wird es dauern, bis erneut größere Investitionen notwendig sind? Dies ist die andere Seite bei einem Neubau. Ein Neubau wird mit Sicherheit länger halten als eine Sanierung, und bis die nächsten größeren Investitionen anstehen, wird es wahrscheinlich auch in einem längerem Zeitraum sein.

Die Wirtschaftlichkeitsfrage wurde bisher nicht geklärt. Die Koalition argumentiert, der Neubau sei zu teuer. Das mag sein, aber ist die Sanierung wirtschaftlicher? Das wissen wir nicht. Die Grünen sagen, wir brauchen eine neue Stadthalle. Doch ist das wirtschaftlicher als eine Sanierung? Auch diese Frage bleibt unbeantwortet. Die Koalition denkt bis zur nächsten Wahl, Hauptsache, das Problem wird gefixt. Pauschale Flickwerke wie an anderen Stellen auch. Faszinierend dabei ist, dass die Entscheidung, die Stadthalle nicht zu bauen, mit der Begründung, es sei finanziell nicht tragbar, getroffen wurde, bevor der letzte Investor für die Innenstadt

abgegangen ist. Wie kann es sein, dass wir die Innenstadt umgestalten können, aber die Stadthalle nicht finanzierbar ist, obwohl sie thematisch zuerst dran gewesen wäre? Faszinierend, meine Damen und Herren.

Wir können weder dem einen noch dem anderen Extrem folgen, insbesondere weil die Stadt buchstäblich zu viele Baustellen hat. Werftquartier, Innenstadt, Umbau des Tunnels bei der Eisarena, Schulneubauten – das sind nur einige Beispiele für die Millionenprojekte, die aktuell koordiniert werden und finanziert werden müssen. Wir hätten uns ebenfalls für eine neue Stadthalle als Investition erwärmen können, aber weder wurde die Opposition gefragt noch wurden entsprechende Kosten-Nutzen-Analysen kommuniziert. Auf dieser Basis ist es nicht möglich, eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen, meine Damen und Herren.

Ohne die Wirtschaftlichkeit und die Kosten-Nutzen-Relation können wir keine fundierte Entscheidung treffen. Daher lehnt die Fraktion Bündnis Deutschland diesen Antrag ab.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Die Frage nach der Zukunft der Stadthalle hat uns in der Stadt Bremerhaven in den vergangenen Monaten intensiv beschäftigt. Die Entscheidung zwischen einer Sanierung und einem Neubau war lange Zeit umstritten. Ich möchte Ihnen darstellen, warum ein Neubau für unsere Stadt die bessere Alternative gewesen wäre.

Die Stadthalle befindet sich in einem schlechten Zustand. Wir alle wissen, das Dach ist undicht und der Brandschutz entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Ebenso bekannt ist, dass die Kälteanlage, die beim Bau der Stadthalle 1974 installiert wurde, zwar stillgelegt wurde, jedoch nach wie vor schadstoffbelastete Überreste in der Halle vorhanden sind. Auch die Notfalldurchsage-Anlage und die Sicherheitsbeleuchtungsanlage sind nicht auf dem neuesten Stand. Diese veralteten Systeme gefährden nicht nur die Gesundheit der Besucher, sondern auch die Sicherheit der Mitarbeiter.

Ein Neubau bietet die Möglichkeit, innovative und energieeffiziente Technologien zu integrieren, wodurch langfristig Betriebskosten gesenkt werden könnten. Ein Neubau würde zudem die Attraktivität Bremerhavens erhöhen. Unser Ziel ist es, eine moderne und zeitgemäße Eventhalle zu schaffen, die sowohl neue Besucher anzieht als auch den Anforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht wird.

Obwohl die Kosten für eine Sanierung auf etwa 20 Millionen oder sogar 40 Millionen geschätzt werden – wobei die Koalition selbst nicht genau bekannt zu sein scheint, wie hoch die tatsächlichen Kosten ausfallen werden –, könnte ein Neubau so gestaltet werden, dass er flexibel und für verschiedene Veranstaltungen genutzt werden kann.

Es ist bedauerlich, dass die Koalition den ursprünglich geplanten Neubau, den sie vor der Wahl versprochen hatte, nun verworfen hat. Argumentiert wird, dass ein Neubau aufgrund rückläufiger Besucherzahlen in der Veranstaltungsbranche derzeit nicht wirtschaftlich sei. Dennoch möchte ich betonen, dass Bremerhaven eine moderne und attraktive Stadthalle benötigt. Wir sollten die Option eines Neubaus im Auge behalten, da diese langfristig die bessere Lösung für unsere Stadt darstellen könnte. Abschließend möchte ich einen Blick auf Braunschweig werfen. Wo die Kosten für eine Sanierung von ursprünglich 60.000.000 € auf 120.000.000 € gestiegen sind. Auch dort wäre ein Neubau langfristig die sinnvolle Wahl gewesen. Eine Sanierung unserer Stadthalle würde nur kurzfristige und oberflächliche Verbesserung mit sich bringen. Ein Neubau hingegen stellt eine nachhaltige, sichere und wirtschaftlich sinnvolle Lösung für die Zukunft Bremerhavens dar.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Lieber Kollege Hoffmann von der SPD, Sie dürfen sich heute freuen, dass Sie endlich Ihren Bericht vorlesen konnten. Die Gedanken, die Sie sich schon seit über einem

Jahr gemacht haben, konnten Sie heute loswerden. Aber mal ehrlich, das Ärgerliche ist doch, dass uns das Thema seit Jahren begleitet.

Seit Jahren wissen wir um die marode Stadthalle, und seit Jahren wurde nichts dagegen unternommen. Diese Stadtregierung hat in den vergangenen Jahren viele andere Projekte priorisiert und das Thema Stadthalle stets hintenangestellt. Nun stehen wir vor dem Problem und können es nur schwer lösen.

Zu Recht haben die Eisbären Bremerhaven und die TSG Bremerhaven auf die Dringlichkeit hingewiesen, dass etwas passieren muss. Sie sind Aushängeschilder unserer Stadt, und wir wollen weiterhin Sport und Veranstaltungen in einer funktionierenden Stadthalle erleben. Das sollte uns allen wichtig sein.

Es ist frustrierend zu sehen, dass trotz vieler schöner Veranstaltungen, die wir in der Vergangenheit hatten, die Stadthalle in ihrer jetzigen Form nicht mehr ausreicht. Die fehlenden Kapazitäten, der schlechte Zustand der Infrastruktur – all das schadet unserer Stadt. Wir verlieren Veranstaltungen, wir verlieren Besucher, und das schadet auch unserem wirtschaftlichen Umfeld. Touristen, die länger als nur einen Tag in Bremerhaven verweilen könnten, lassen sich zunehmend abschrecken.

Es ist an der Zeit, dass wir die Stadthalle endlich vorrangig behandeln und eine Lösung finden. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie unsere Infrastruktur verfällt.

Erinnern wir uns an den Erfolg der Eisarena, die mittlerweile mit über 4.500 Zuschauern regelmäßig ausverkauft ist. Das zeigt uns, dass eine Investition in unsere städtischen Einrichtungen lohnenswert ist.

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir Bremerhaven lebendig halten können.

Dazu gehört eine funktionierende Stadthalle, die ein kulturelles und sportliches Zentrum für unsere Stadt und die Region bleibt. Daher plädiere ich klar für einen Neubau der Stadthalle in Bremerhaven.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

In Zukunft wünsche ich Ausdrücke wie scheißegal oder solche Dinge in diesem Plenum nicht mehr. Das gilt aber jetzt an dieser Stelle nicht nur für Sie, - *Herr Schuster, Ordnungsruf von meiner Seite aus* - weil der Respekt gegenüber dem Stadtverordnetenvorsteher noch gewahrt werden darf. - *Herr Schuster, zweiter Ordnungsruf* - Beim nächsten Mal berate ich mich mit dem Vorstand, inwieweit wir Sie von dieser Sitzung komplett ausschließen oder auch von weiteren Sitzungen, das sind die Optionen. Man könnte vielleicht einfach den Hinweis hinnehmen, ruhig sein, das wäre vielleicht angebracht gewesen.

Stadtverordneter RASCHEN:

Es ist erstaunlich, wie oft Vorschläge ohne konkrete finanzielle Grundlage eingebracht werden – einfach ein großes Paket, in dem jeder etwas herausgreift, das ihm gefällt. Solche Diskussionen sind wenig zielführend und oft enttäuschend. Herr Kocaaga, Sie haben von der „Gesundheit“ gesprochen. Doch niemand ist gefährdet, weder Besucher noch Mitarbeiter. Würde die Halle tatsächlich ein so großes Risiko darstellen, wäre sie längst geschlossen worden.

Und bezüglich des Themas Asbest: Eine Halle, die in den Siebzigern erbaut wurde, wird natürlich solche Baustoffe enthalten. Das ist leider unvermeidbar. Zu Herrn Kaminiarz: Sie sind sonst bekannt für Ihren ökologischen Ansatz, doch nun argumentieren Sie gegen eine Sanierung, die durchaus ökologisch sinnvoller ist als ein Neubau. Eigentlich hätte dieser Antrag heute nicht beraten werden müssen. Die Beschlüsse sind längst gefallen, die Mehrheit hat sich für die Sanierung entschieden. Unser Ziel ist es, die Stadthalle im laufenden Betrieb zu sanieren. Die Ausschreibung für die Planungsaufträge steht unmittelbar bevor, und wir arbeiten mit Hochdruck daran, diese zu realisieren. Die Zuschauerzahl von 2.000 wurde in den letzten Diskussionen oft genannt. Sie stammt aus einer geschätzten Annahme, aber sobald die Halle umfassend saniert ist, wird die volle Kapazität wiederhergestellt. Dies bedeutet, dass es keinerlei Einschränkungen geben wird.

Wir sind bereits auf einem guten Weg und das Team der Stadthalle überlegt, wie man diese Übergangszeit überbrücken kann – durch Außenveranstaltungen und Open-Air-Konzerte, um weiterhin ein attraktives Angebot bieten zu können.

Unser erstes Ziel ist es, bis zum Sommer 1.500 Besucherinnen und Besucher in die Halle zu bekommen, um den ProA-Standard für Basketball zu erfüllen. Derzeit liegt die Genehmigung bei 1.000 Besuchern, also fehlen noch 500 Plätze. Ohne diese Erhöhung wird die ProA sich nicht auf weitere Spiele in der Stadthalle einlassen.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir uns in den vergangenen Jahren durch die Corona-Pandemie mit solchen Entscheidungen schwergetan haben. Von 2020 bis Anfang 2023 war der Veranstaltungsmarkt stark eingeschränkt. Die letzten Maßnahmen, die im April 2023 endeten, liegen noch nicht einmal ein Jahr zurück.

Diese besondere Zeit sollte in die Betrachtung der Diskussionen einbezogen werden.

In der Zwischenzeit haben wir uns für die Sanierung entschieden, und diese wird jetzt umgesetzt. Damit ist das Thema endgültig durchdiskutiert, und selbstverständlich lehnen wir den Antrag ab.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Hoffmann, Sie sprachen den FiWi an. Der FiWi war im Mai, dieser Antrag stammt aus dem April, er ist somit zeitlich vorgelagert. Herr Raschen, Beschlüsse der Ausschüsse kann ich in der Stadtverordnetenversammlung jederzeit aufheben. Mein Appell, sich vielleicht doch noch einmal zu besinnen, ist durchaus nachvollziehbar. Ich werde den nun weiter begründen, mit Ihrer Erlaubnis.

Herr Hoffmann, Sie sagen, dass ein Neubau um die 100 Millionen Euro kostet und die Sanierung nur 20 Millionen. Woher haben Sie diese Zahlen? Diese sind nicht belastbar, sie sind durch keinerlei fundierte Planungen untermauert – denn die Sanierungsplanungen werden ja erst noch erstellt. Daher können wir erst am Ende des nächsten Jahres verlässliche Zahlen erwarten, ohne dass noch weitere versteckte Schadstoffe auftauchen.

Diese Zahlen scheinen Wunschvorstellungen der Koalition zu sein, und ich bin davon überzeugt, dass sie sich während der Planung ändern werden, sobald belastbare Daten vorliegen. Zurück zu Herrn Raschen: Sie sprachen von einem Ziel von 1.500 Plätzen. Doch in der Presse wurde von 2.000 Plätzen berichtet. Diese Zahl gefährdet nicht nur die Wirtschaftlichkeit des Sports, sondern auch anderer Veranstaltungen wie Seebeck am Markt, City-Marathon oder den Königsball der Schützen – um nur einige zu nennen. Solch eine reduzierte Platzanzahl würde dazu führen, dass diese beliebten Events zukünftig kaum noch stattfinden könnten.

Eine Sanierung droht den hallenbezogenen Sport und die publikumswirksamen Veranstaltungen ausbluten zu lassen. Das muss Ihnen klar sein.

Auf der anderen Seite hat die Stadtverordnetenversammlung bereits den Neubau von drei Schulen und einem Polizeirevier finanziert – mit vorfinanzierten Mitteln durch die STÄWOG und anschließend als Mietlösung durch die Stadt genehmigt. Im Vergleich dazu: Statt bestehende Gebäude wie das Friedrich-Schiller-Haus, welches früher eine Schule war, zu sanieren, haben Sie sich für den Neubau entschieden. Das ist auch richtig so, denn durch moderne Neubauten lassen sich Kapazitäten erweitern und vor allem neue, moderne Unterrichts- und Arbeitskonzepte integrieren, die in den alten Gebäuden unmöglich sind.

Eine ähnliche Vorgehensweise würde auch der Stadthalle zugutekommen. Ein Neubau durch die STÄWOG könnte die Stadthalle an die moderne Messe- und Veranstaltungstechnik anknüpfen lassen – von der Deckentragelast bis hin zur An- und Ablieferung an den Bühnenrand. Diese Standards sind heute schlicht nicht mit einer sanierten Halle zu erreichen.

Und ja, die Stadthalle ist ein Zuschussbetrieb – das ist seit jeher bekannt.

Wirtschaftlichkeit allein ist daher ohne die Berücksichtigung weiterer Faktoren kaum möglich. Schon jetzt äußern zahlreiche Veranstalter wie Oliver Mücke von Koopmann oder die Vorsitzenden der Eisbären, TSG und ERC Existenzängste und kritisieren die

Tatsache, dass ohne ausreichende Anpassungen und modernste Technik die Wettbewerbsfähigkeit der Stadthalle massiv gefährdet ist.

Es ist daher entscheidend, die Frage zu stellen: Was macht eine Stadt attraktiv? Veranstaltungen, Konzerte und Sport treiben die Anziehungskraft – nicht die Anzahl der Einfamilienhausgebiete oder ähnliches. Ein attraktives Veranstaltungsangebot ist es, das Menschen aus der Region anzieht und bestenfalls dazu bewegt, hierher zu ziehen.

Wir haben einen Vorschlag gemacht, die Finanzierung des Neubaus über die STÄWOG zu prüfen, was zwar Kosten mit sich bringen würde, jedoch langfristig eine größere Wirtschaftlichkeit und Attraktivität für die Stadt sichern könnte.

Daher appelliere ich erneut, sich diesen wichtigen Aspekten bewusst zu sein und den Neubau der Stadthalle zu unterstützen.

Stadtverordneter ALLERS:

ich bin schon sehr überrascht, wie schnell hier argumentiert wird: Lass uns doch einfach mal eben die Stadthalle neu bauen. Das erinnert mich etwas an Modellbau – wir erstellen ein neues Gebäude und haben dann auch gleich eine neue Stadthalle. Es glaubt doch wohl niemand hier, dass wir bei diesen Entscheidungen im luftleeren Raum operieren. Natürlich hat man sich intensiv mit den Thematiken auseinandergesetzt – sowohl für den Neubau als auch für eine mögliche Sanierung. Es war ein etwas längerer Weg.

Uns als SPD wurden vor etwa drei Jahren die ersten Neubaupläne vorgestellt. Meine erste Reaktion war: Wie wollen wir das überhaupt in irgendeiner Form umsetzen? 5.500 Zuschauer, eine Rundum-Halle, zusätzliche Ebenen für weitere Veranstaltungen, Kongresszentrum und so weiter – einschließlich Parkhaus und Bushaltestopp. Und dann noch eine Übungshalle. Nach und nach wurden diese Pläne jedoch auf den Stand reduziert, den wir hier in Bremerhaven tatsächlich haben. Lassen Sie uns einmal die Fakten betrachten. Es wurde der Spitzensport angesprochen und wie oft Veranstaltungen in Bremerhaven tatsächlich stattfinden. Im Vorfeld haben wir eine Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob ein Neubau langfristig überhaupt sinnvoll ist. Wenn ich von langfristig spreche, dann möchte ich daran erinnern, dass wir in den frühen 90er-Jahren an der Stadthalle schon einmal Veränderungen vorgenommen haben, inklusive eines Anbaus. Jeder kennt den Anbau – eine Menge umbaute Luft, relativ zwecklos, aber es wurden Garderoben, Rolltreppen und andere Ergänzungen eingebaut. Die letzten zwei Tranchen der Kredite für diesen Anbau laufen Ende 2024 und 2025 aus – das bedeutet, 30 Jahre für eine solche Finanzierung.

Die Bedarfsanalyse hat klar und deutlich gezeigt, dass unser Einzugsgebiet begrenzt ist. Bremerhaven liegt in einer geografischen Lage, die nur wenige Ballungsräume umfasst – nach Norden gibt es Cuxhaven und Helgoland, nach Osten die Elbe und die Weser. Die Bevölkerungsstruktur reicht daher nicht aus, um eine Halle im Neubaubetrieb dauerhaft auszulasten. Es wurde uns auch mitgeteilt, dass der Zuschussbedarf einer Neubauhalle mit dem derzeitigen Zuschussniveau vergleichbar wäre. Das fand ich schon sehr bemerkenswert und durchaus herausfordernd.

Außerdem wurden die Konkurrenzsituation sowie die Marktanalysen detailliert untersucht. Wer sind unsere Konkurrenten? Das sind Hamburg und Bremen, die viele Veranstaltungen abziehen – nicht nur aus dem südlichen Bereich, sondern auch aus dem nördlichen Raum, einschließlich Ostfriesland und Oldenburg. Mit einem Neubau in Bremerhaven würde man diese Konkurrenz nicht einfach überbieten können. Das Veranstaltungsgewerbe hat sich zudem komplett verändert. Niemand kann ernsthaft glauben, dass eine Halle mit 5.000 Plätzen langfristig ausgelastet sein könnte, ohne massive Zuschüsse.

Daher müssen wir auch die Frage der Finanzierung und der Nachnutzung der alten Halle klären. Was passiert mit diesem Platz, wenn die neue Halle gebaut wird? Es wurden viele wichtige Aspekte einfach aus der Diskussion ausgeschlossen, wie zum

Beispiel der Platz für Schausteller und Heimatbetriebe – all diese Themen sind hier unter den Tisch gefallen.

Der Spitzensport wurde ebenfalls analysiert. Die Zuschauerzahlen im Spitzenfußball sind heute deutlich geringer als in der ersten Liga. Und es ist bezeichnend, dass nach der Entscheidung für eine Sanierung die erste Mannschaft der TSG sich aufgelöst hat. Nun wird wieder versucht, eine Mannschaft aufzubauen. Aber selbst bei fünf bis sechs Veranstaltungen im Jahr in der Bundesliga für beide Ligen bleibt die Nutzung begrenzt.

Daher können wir den Antrag auf Neubau nur ablehnen. Der Beschluss zur Sanierung ist bereits gefasst, und wir werden diesen umsetzen, innerhalb des gegebenen Rahmens, den wir haben.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Also der Fall Braunschweig habe ich eben gerade erwähnt. 60.000.000 haben die für die Sanierung geplant, und am Ende wurde es 120.000.000 €. Haben wir als Stadt Bremerhaven überhaupt konkret geprüft, wie viel eine Sanierungsmaßnahme wirklich kosten würde? Natürlich kann die Koalition sagen, dass wir mit 30 Millionen Euro Stadtteile sanieren, aber am Ende interessiert mich, wenn die Kosten für die Sanierung auf 50 Millionen oder 80 Millionen Euro steigen – wer würde sich dann als verantwortlich erklären? Wer würde sagen, das ist meine Verantwortung, da habe ich Fehler gemacht oder falsch gerechnet? Niemand. Stimmt's? Niemand. Genau deshalb fordern wir eine finanzielle und fachliche Recherche. Was würde ein Neubau tatsächlich kosten? Was würde eine Sanierung wirklich kosten?

Bevor wir nicht diese Zahlen haben, können wir 1.000 Beschlüsse fassen und über 1.000 andere Maßnahmen nachdenken. Aber die entscheidende Frage bleibt: Wenn die Sanierung am Ende den doppelten Preis des Neubaus erreicht, wer würde sich dafür verantwortlich zeigen? Ein passendes Beispiel dafür ist der Hafentunnel. Wer hat sich in diesem Fall verantwortlich erklärt? Keiner. Es wurden 200 Millionen Euro mehr bezahlt, und die Öffentlichkeit musste feststellen, dass Kosten massiv überschritten wurden.

Deshalb müssen wir wirklich ernsthaft überlegen: Was würde eine Sanierung kosten, wenn diese am Ende teurer wäre als ein Neubau? Das wäre eindeutig eine falsche Entscheidung, und falsche Entscheidungen können wir leider nur schwer rückgängig machen.

Stadtverordneter SCHOTT:

Die Stadthalle jetzt einfach nur neu zu bauen, ist für mich zu kurz gedacht. Die Koalition hat ja nicht umsonst abgewogen, womit wir anfangen. Nun spricht man über die Sanierung, hat sich darauf verständigt, und während der Vorbereitung auf die Sanierung tauchen immer neue Herausforderungen auf, die uns bewegen. Der Punkt des no return – ab wann macht man eine Renovierung oder wann ist es zu spät dafür – steht im Raum.

Herr Kocaaga, Sie können hier noch so genau eine Kostenkalkulation wünschen, wir wissen doch, dass jedes Projekt, das am Anfang festgeschrieben ist, nicht das Endergebnis erreicht. Es passiert so viel im Leben und in einem Jahr, dass die Realität häufig von den anfänglichen Planungen abweicht.

Und das ganze Konzept, das Herr Kaminiarz richtig angesprochen hat, ist: Wir sind Bremerhaven. Wir sind das Oberzentrum, mit dem wir werben. Ja, das Karstadt Gelände ist ein wichtiges Thema für die Innenstadt, aber auch das Gebiet um die Stadthalle ist von großer Bedeutung. Dazu gehört auch, dass es Diskussionen über eine zweite Eishalle gibt. Wir müssen den gesamten Veranstaltung- und Sportkomplex überdenken.

Herr Allers, Sie haben völlig recht – die Finanzierung scheint teilweise Träumereien zu sein, wenn man alles auf einmal umsetzen will. Aber wir dürfen nicht den Bedarf

aus den Augen verlieren. Auch die Eishalle ist schon jetzt überlastet. Gespräche mit Vereinen und Schulen zeigen, dass ein dringender Bedarf besteht.

Ich bin der Meinung, dass wir diesen Komplex ganzheitlich betrachten müssen. Nicht nur das Thema Sanierung oder Neubau sollte im Vordergrund stehen, sondern wie wir uns langfristig aufstellen, um sowohl eine moderne Veranstaltungs- als auch Sportinfrastruktur in Bremerhaven zu gewährleisten.

Ich wünsche mir, dass wir in dieser Angelegenheit etwas flexibler bleiben und nicht nur kurzfristige Entscheidungen treffen.

Stadtverordneter RASCHEN:

Herr Kocaaga, bevor falsche Zahlen im Raum bleiben, möchte ich klarstellen, dass Sie eben behauptet haben, der Hafentunnel würde 200.000.000 € mehr kosten. Das ist mitnichten der Fall. Wir befinden uns in einem unteren zweistelligen Bereich, und derzeit streiten sich noch die Gerichte darüber. Bitte setzen Sie keine falschen Märchen in die Welt.

Die Zuschauerkapazität wird nach einer endgültigen Sanierung wieder die alte sein. Mir hat bis heute niemand gesagt, dass, wenn wir alles umsetzen, was zur ursprünglichen Kapazität wiederherstellt, nicht ebenso viele Zuschauer rein dürfen wie früher. Derzeit dürfen aufgrund von Einschränkungen nur begrenzt Zuschauer in die Stadthalle.

Wenn jetzt Veranstalter in Bremen bei buten un binnen behaupten, sie kämen nicht mehr nach Bremerhaven, schauen wir mal, wie die Situation aussieht, sobald die Halle fertig ist. Sobald der erste Veranstalter wiederkommt, werden die anderen folgen, und wir werden wieder auf das Marktsegment zurückkommen, das wir einst hatten.

Leider ist es zurzeit so, dass Anfang des Jahres die Bundesliga der TSG hier in Bremerhaven spielte. Das Bild in der Nordsee-Zeitung war nicht sehr unterstützend für den Neubau der Halle, da man die Tänzer fotografierte. Es war alles leer, weil die Zuschauer auf der anderen Seite saßen, und es waren keine 1.000. Bei den Eisbären sind es derzeit ebenfalls nicht mehr.

Das heißt, es muss auch wieder aufgebaut werden für die Veranstaltungen, die wir jetzt haben, um zu gewährleisten, dass wir die notwendigen Kapazitäten für die nächste Saison erfüllen können. Unser Ziel ist, die ProA-Vorgaben zu erfüllen – 1.500 Plätze – und das muss jetzt unser Ziel sein.

Andernfalls gibt es keine Einschränkungen mehr, sobald die Halle saniert ist, und sie kann vollumfänglich genutzt werden. Daher werden wir weiterhin gegen den Neubau stimmen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Ich möchte kurz auf die Argumentation der Koalition eingehen, insbesondere auf die Ausführungen von Herrn Allers. Die Zuschauer sollten vielleicht nochmals verdeutlicht bekommen, wie widersprüchlich diese Argumentation ist.

Alle Argumente gegen einen Neubau der Stadthalle – Finanzierung, Umfang und Sinnhaftigkeit – werden bei Karstadt überhaupt nicht in Frage gestellt. Weder die Finanzierung, noch der Umfang noch die Sinnhaftigkeit sind Themen, die von der Koalition bei Karstadt aufgegriffen werden.

Bei einer Stadthalle, die thematisch bereits Jahre zuvor behandelt wurde, wird jetzt plötzlich gesagt, dass dies nicht möglich sei – weder die Finanzierung, noch der Umfang oder die Sinnhaftigkeit. Das macht doch alles überhaupt keinen Sinn.

Hier zeigt sich erneut, wie die Koalition ihre Argumente entsprechend ihrer eigenen Wünsche anpasst.

Stadtverordneter HOFFMANN:

Ich möchte noch einmal auf zwei wichtige Aspekte eingehen.

Zunächst einmal tauchen hier komische Summen auf. Als Mitglied des Aufsichtsrats der Stadthalle kann ich sagen, dass natürlich die Verschwiegenheit in Bezug auf bestimmte Informationen geregelt ist. Dennoch denke ich, dass man über die Verschwiegenheitsklausel hinweggehen kann, wenn es um Fakten geht. Ein Faktum ist, dass wir ein Gutachten von Drees & Sommer haben, das uns dargelegt hat, dass eine Sanierung für die Vorstellung, wie wir uns diese vorstellen, in der Größenordnung von 20.000.000 € realistisch ist. Diese Zahl ist natürlich über zwölf Monate alt, es mag sich gegebenenfalls noch leicht ändern, aber in dieser Größenordnung arbeiten wir zunächst einmal.

Zweitens ist das Datum Juni 2025 von Bedeutung. Hätten wir uns jetzt nicht für eine Sanierung entschieden, hätten wir im Juni nächsten Jahres die Halle schließen müssen. Das muss Ihnen klar sein. Wir hatten schlichtweg keine Alternative, um ein anderes Projekt oder einen anderen Weg zu gehen.

Drittens möchte ich hervorheben, dass Herr Raschen zu Recht das Thema Corona angesprochen hat. Die Geschäftsführung der Stadthalle hat in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen gute Arbeit geleistet. Sie ist mit Hochdruck dabei, die Finanzierung und die zeitliche Situation so zu gestalten, dass eine reale Umsetzung einer Sanierung möglich ist. Es gab Vorschläge, wie zum Beispiel die Nutzung von Apollo oder anderen Lokalitäten, die ich als richtig empfinde.

Wäre ein Neubau zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Betracht gezogen worden, hätten wir die Halle schließen müssen – das wäre schlichtweg nicht finanzierbar gewesen. Zudem hat der Markt nach Corona einen gewaltigen Wandel durchgemacht. Es gibt jetzt einen unheimlichen Zulauf von Künstlern, insbesondere außerhalb Europas, auf den europäischen Markt. Die Stadien sind voll, die Events sind zahlreich. Die Zeiten, in denen wir nur die großen deutschen Bands wie Toten Hosen oder Die Ärzte gesehen haben, sind vorbei. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, und wir müssen uns diesen anpassen.

Die Finanzierung bleibt weiterhin eine Herausforderung, ebenso wie die Schließung durch das Bauordnungsamt und die Feuerwehr. Diese Herausforderungen mussten wir angehen, und das haben wir getan. Dennoch bleibt der Neubaupaspekt weiterhin bestehen. Es ist jetzt wichtig, den Betrieb wieder in Gang zu bringen, um später den nächsten Schritt zu gehen. Das kann durchaus zehn Jahre dauern, aber die Diskussion um den Neubau ist keineswegs beendet.

Stadtverordneter KOCAAGA:

So, Herr Raschen, ich möchte die Zahlen wieder richtigstellen. Ja, ich habe gesagt, insgesamt würden 270.000.000 € anfallen – 70.000.000 € mehr als ursprünglich geplant. Doch bei der Sanierung der Stadthalle gehen wir davon aus, dass, wie ich von Koalitionären verstanden habe, die Kosten für eine Sanierung weniger ausfallen würden als für einen Neubau. Aber wie stellen Sie sicher, dass dies der Fall ist? Woher kommt diese Information? Wie wissen Sie das?

Stadtverordnete AX:

Wie lange wollen wir eigentlich noch über die Stadthalle diskutieren, mal so nebenbei? Das ist hier eine Sondersitzung, und wir wollten alle Themen behandeln. Ich finde es mittlerweile schon etwas lächerlich.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Frau Ax, das müssen Sie aushalten. Wir müssen das Thema bis zum Ende besprechen. Ich wollte noch einmal ganz kurz darauf eingehen. Also es war nie so, dass die Toten Hosen, die Ärzte oder auch Herbert Grönemeyer zur Hoch-Zeit ihrer Karriere hier in Bremerhaven aufgetreten sind. Das ist vielleicht falsch übergekommen. Die Stärke dieser Stadthalle in der Vergangenheit war nämlich, junge, aufstrebende Künstler – auch internationale – hierher zu holen, als 4.000 bis

5.000 Zuschauer für diese aufwachsenden Stars eine geeignete Größenordnung war. Diese Möglichkeit haben wir damals genutzt. Später sind sie natürlich nicht mehr gekommen. Wir wollen uns auch nicht mit großen Stars vergleichen, die in München über Wochen hinweg die Messehallen füllen. Darum geht es nicht, sondern es geht darum, den Bremerhavenern und Bremerhavenerinnen sowie der Region weiterhin ein hochwertiges kulturelles und sportliches Angebot zu bieten, wie wir es gewohnt sind. Bei einer Sanierung verschlechtert sich jedoch dieses Angebot. Letzter Punkt, Herr Hoffmann, ich habe Sie nicht verstanden. Sie haben eben gesagt, die Neubauoption bleibt erhalten und haben auf einen Zeitraum von zehn Jahren geblickt. Heißt das jetzt, wir geben Millionen aus, um die Stadthalle zu sanieren, und in zehn oder zwölf Jahren reißen wir diese sanierte Halle ab und entscheiden uns dann doch für einen Neubau? Also die Idee jetzt zu sanieren und in zehn Jahren dann neu zu bauen, die schlägt dem Fass ja jetzt wirklich den Boden aus. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich nichts vormachen. Das hier ist jetzt eine Grundsatzentscheidung und die trägt, und zwar für einen langen Zeitraum. Deswegen noch mal der Appell, stimmen Sie einem Neubau zu. Das ist die einzig vernünftige Lösung.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen (Grüne+P, WfB, LINKE, Lichtenfeld, Schuster) und 1 Enthaltung (Knorr).

TOP 1.10 Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - AT 11/2024

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.11 Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion) StVV - AT 12/2024

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.12 E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion) StVV - AT 13/2024

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.13 Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - AT 14/2024

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.13.1 **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland zu AT 14/2024 - Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (Grüne+P)** **StVV - Ä-AT 18/2024**

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird vertagt.

TOP 1.14 **Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB)** **StVV - AT 15/2024**

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.14.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) - Tischvorlage** **StVV - Ä-AT 21/2024**

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird vertagt.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 20:44 Uhr.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordnete:r

M. Jährling
Schriftführung